Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Nr. 95. Bromberg, Dienstag den 26. April 1932. 56. Jahrg.

Hüben und drüben.

II.

Wie im Mittelalter?

Die Ordnung für die polnischen Schulen in Preußen ist nicht ohne starke Einwirkung der deutschen Minderheit in Polen zustandegekommen. Die Deutschen in Polen wollten das ihre tun, um die Idee des Rechtes auf freie Pflege völkischer Kultur auch in ihrem Mutterstaat wirksam anerkannt zu sehen. Sie erfüllten und erfüllen damit ehrlich nur eine ethische Pflicht. Es mindert den Wert nicht, wenn gleichzeitig zugegeben wird, daß man von einer vorbildlichen Regelung in Preußen auch eine günstige Wirkung auf das Verhalten Polens zu seinen deutschen Schulen erhoffte. Dieser Wunsch, den Deutschen in Polen zu helfen, war es, der in Preußen auch diejenigen politischen Kreise der Verordnung zunächst nicht widersprechen ließ, die den Schutz jeder völkisch-kulturellen Eigenart noch nicht in ihren Ideenkreis aufgenommen hatten. Das Echo aus Polen ist jedoch gänzlich ausgeblieben. Die preußische Ordnung ist an der polnischen Öffentlichkeit bis auf die jüngste Äußerung Stroński's völlig spurlos vorübergegangen; sie hat in Polen nirgends — auch bei den Schulbehörden nicht — eine entsprechende Antwort gefunden. Hinzu kam die unerwartet böse Kritik der polnischen Blätter in Preußen, und so entstand in den Parteien, die für ihr Verhalten den Erfolg abwarten wollten, neu die Abneigung gegen die polnischen Schulen. Es bildete sich der Zustand heraus, daß in Pommern und dem sich bedroht fühlenden Ostpreußen ein Teil der Bevölkerung der polnischen Schule abgeneigt ist (in Betrachtung des tragischen Abbaues des deutschen Schulwesens in Polen), während die staatlichen Schul- und Verwaltungsbehörden die gewissenhafte Stütze und Beschützerin blieben. Es sei dabei festgestellt, daß in Polen eigentlich das umgekehrte Verhältnis herrscht: die einheimische Bevölkerung in Posen und Westpreußen hat gegen die deutschen Schulen nichts einzuwenden; es sind andere Faktoren, die ihnen das Leben schwer machen.

Es ist kaum anders zu erwarten, als daß nach den Preußenwahlen das Schulwesen der polnischen Minderheit in eine ernste Krise eintreten wird. Der starke Einfluß der neuen Parteien wird der Berliner Zentralbehörde ihren festen Entschluß zum Schutze der Minderheiten sehr schwer machen. Der polnischen Minderheit in Preußen wäre viel gedient worden, wenn hier im Lande auch nur eine leise Besserung in der Behandlung der deutschen Schulen eingetreten wäre. Statt dessen haben wir die Zerstörung der Schule in Dirschau erlebt, sahen wir die Hindernisse, die man der Gemeinde Mewe macht, ihr neues Schulhaus zu beziehen, sahen wir all die Schwierigkeiten, die der Gründung von privaten Volksschulen überhaupt entgegengestellt werden. Von den Anträgen um Konzessionierung neuer Volksschulen, die jährlich nur einmal zum 1. März von den Deutschen eingereicht werden dürfen, sind die, die im vorigen Jahr, also zum 1. März 1931 vorgelegt wurden, noch heute, also nach mehr als einem Jahr, nicht erledigt. In Pommerellen wird die Errichtung von privaten Volksschulen grundsätzlich verweigert, wenn die Kinder in den staatlichen polnischen Schulen wöchentlich 2—4 Stunden deutschen Unterricht haben — oft außerhalb der Schulzeit. Pommerellen als Grenzgebiet wird als ein ganz besonderes Land mit außerordentlichem Rechtszustande angesehen, als ein Gebiet, in dem jeder dort lebende Deutsche etwas Gefährliches an sich darstellt; dabei ist doch Pommerellen nicht mehr Grenzland, als es etwa das Flatower oder Stuhmer Gebiet ist. Daß bei den preußischen Behörden eine gewisse Versteifung in ihrer bis dahin betont wohlwollenden Haltung gegen die Minderheitsschulen in den letzten Monaten nicht zu verkennen war, ist in Polen in seinen Ursachen nicht beachtet worden. Haben vielleicht diejenigen Recht, die da behaupten, daß die Existenz der freiheitlichen preußischen Schulordnung hier im Land eigentlich unbequem sei, und daß man hier nichts mehr wünschte, als deren Einschränkung?

Die polnischen Zeitungen berichten zur Zeit aufgeregt, daß im Kreise Stuhm einem polnischen Lehrer die Lehrerlaubnis und damit die Genehmigung zum Aufenthalt in Preußen entzogen sei. Das gleiche soll zwei Lehrern im Bezirk Oppeln geschehen sein. Man muß dabei wissen, daß die Lehrer an den polnischen Schulen in Preußen allermeist beurlaubte Lehrer polnischer Staatsangehörigkeit sind. Von den 68 Lehrern, die außerhalb Oberschlesiens an polnischen Schulen in Preußen unterrichten, stammen nur zwei oder drei aus dem Reichsgebiet. (In Oberschlesien ist die Beschäftigung von Lehrern des Nachbarstaates auf Gegenseitigkeit im Genfer Abkommen gesichert.) Ein Vergleich mit den Verhältnissen in Posen-Westpreußen läßt sich in dieser Beziehung überhaupt nicht durchführen. In Polen darf (wie erwähnt, mit Ausnahme von Oberschlesien) seit dem Jahre 1925 kein Lehrer unterrichten, der einen reichsdeutschen Paß führt, mag dieser Paßdeutsche auch hundertmal in Posen-Westpreußen seine Heimat haben. Als die deutschen Schulen in Polen sich 1928 für die preußische Ordnung einsetzten, war die Amputation der paßdeutschen Lehrer an ihnen schon so gründlich vollzogen, daß nicht einmal mehr der Wunsch nach einer Änderung bestand.

Der „Dziennik Bydgoski", der am 16. April d. J. unter der Überschrift, die wir diesem Aufsatz als Untertitel gegeben haben, über die Stuhmer Angelegenheit berichtet, meint, daß es sich bei diesen Ausweisungen um eine Repressalie der Preußischen Regierung handle, weil Polen im Sommer einen deutschen Lehrer ausgewiesen habe. Er irrt darin etwas im Einzelfall; aber wir stimmen ihm völlig zu, wenn er ähnliche Methoden als „mittelalterlich" ansieht. Wir empfinden auch angenehm, daß der „Dziennik Bydgoski" wörtlich die Begründung mitteilt, welche die Regierung in Marienwerder ihrer Verfügung gegeben hat. Die preußische Behörde sagt, sie nehme die erteilte Erlaubnis zurück, weil der Lehrer „in seinem ganzen Verhalten die entsprechende Reserve nicht beobachtet habe, die von ihm als dem Ausländer, der das Gastrecht in Deutschland genießt, zu erwarten war; und deshalb, weil er außer seiner Lehrtätigkeit in der Schule, zu der er lediglich ermächtigt war, gegen das friedliche Zusammenleben der polnischen und deutschen Bevölkerung wirkte".

Wir wollen hoffen, daß die Berechtigung zu den Vorwürfen, die hier erhoben werden, einwandfrei festgestellt ist. Daß anscheinend der preußischen Staatsbehörde das Recht nicht abgesprochen werden kann, so zu handeln, wie sie gehandelt hat, bestätigt auch der polnische Schulverein in Deutschland, der nach der gleichen Mitteilung des „Dziennik Bydgoski" ein Rundschreiben an alle Lehrer der ihm angeschlossenen Schulen erlassen hat, sie möchten sich auf die kulturelle Tätigkeit in den ihrer Obhut anvertrauten Schulen beschränken.

Wir könnten eine lange Liste von Namen aufstellen von deutschstämmigen Lehrern, denen in Polen die Erlaubnis entzogen ist, an privaten deutschen Schulen zu unterrichten. Wohlgemerkt, es handelt sich dabei nur um jüngste Entscheidungen der beiden letzten Jahre, und um Personen, die hier beheimatet und polnische Staatsbürger sind. Diese Liste umfaßt Lehrer aller Art. Der Direktor des deutschen Privatgymnasiums in Lissa verliert nach zwölfjähriger einwandfreier Leitung seiner Schule über Nacht am 1. September 1931 die Erlaubnis, seine Schule zu leiten, im Dezember überhaupt das Recht, an ihr zu unterrichten. Was ist zu sagen, wenn ihm am 4. April (nachdem er nach viermonatiger erzwungener völliger Untätigkeit abgewandert ist) die Erlaubnis, als Lehrer zu unterrichten, aber nur für drei Monate, wieder erteilt wird? Oder wenn dem Leiter des deutschen Privatgymnasiums in Bromberg, einem langjährig bodenständigen Lehrer, das Recht auf Leitung und Lehren in der Schule genommen wurde, und ihm schließlich nach sehr langen Beschwerden gestattet wird, zwar ein Viertel der Dienststunden in dem Lehrfach Chemie zu geben, ihm aber der Unterricht in seinem Lehrfach Mathematik weiterhin versagt wird? Oder wenn einem deutschen Lehrer, der vor Jahren aus Pommerellen in die Wojewodschaft Warschau versetzt wurde, dort unbeanstandet und freiwillig aus dem staatlichen Dienst ausscheidet und an eine private Schule in seiner Heimat übertreten will, die Erlaubnis dazu nicht gegeben wird? Oder wenn jungen deutschen Seminaristen und Seminaristinnen, die eben von der Schule kommen, die nie sich öffentlich oder geheim betätigen konnten, überhaupt untersagt wird, jemals an einer Schule zu unterrichten, weil — ja weil, wer weiß es? Denn niemals wird ein Grund für die Entscheidungen auch nur angedeutet, niemals erfährt derjenige etwas davon, dem sein ganzes Leben zerstört wird. Nur Vermutungen sind gestattet: wird wie jetzt diese jungen Seminaristen demnächst der deutsche Säugling schon als verdächtig und nicht loyal angesehen werden?

Kann man auf diese Tatsachen die Frage nach „mittelalterlichen" Zuständen anwenden? Gott gebe, daß den bösen Preußen niemals einfallen möge, ähnliche Maßnahmen gegen die jungen Lehrer anzuwenden, die jetzt die polnische Minderheit Preußens zum Teil auf Seminaren in Polen sich aufzieht. Wir wenigstens wünschen im Interesse dieser Minderheit, daß diese Erscheinungen des Mittelalters nicht nur den Raum innerhalb der polnischen Grenzpfähle verlassen, sondern auch jenseits der Grenze kein neues Lebensgebiet finden möchten.

Die deutschen Länder haben gewählt.

Die Hitler-Partei hat an Stimmenzahl zugenommen, jedoch die absolute Mehrheit nicht erhalten.

Berlin, 25. April.

Am gestrigen Sonntag haben in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt die Landtagswahlen stattgefunden. Das vorläufige Ergebnis zeigt folgendes Bild.

In Preußen

haben Stimmen resp. Mandate erhalten:

		Mandate	Bei den letzten Wahlen Mandate
Sozialdemokraten	4 674 344	93	137
Deutschnationale	1 524 931	31	71
Zentrum	3 374 413	67	71
Kommunisten	2 819 602	57	48
Deutsche Volkspartei	330 807	7	40
Wirtschaftspartei	191 021	—	16
Landvolkpartei	143 562	—	20
Deutsche Staatspartei	332 441	2	22
Nationalsozialisten	8 800 819	162	7
Deutsch-Hannoveraner	63 803	1	—
Christlich-soziale Volkspartei	255 068	2	4
Soziale Arbeiterpartei	80 437	—	3
Nationale Minderheiten	57 737	—	—

Wie aus diesen Ziffern ersichtlich ist, haben die Wahlen auf die Mittelparteien geradezu verheerend gewirkt: die Mandate der Deutschen Volkspartei sind im Vergleich mit dem bisherigen Besitzstand von 40 auf 7 gesunken, die Wirtschaftspartei hat ihre bisherigen 16 Mandate vollständig verloren. Das Gleiche gilt von der Landvolkpartei, die bisher 20 Mandate besaß. Die Deutsche Staatspartei rettete von ihren 22 Mandaten nur 2. Auch die Deutschnationalen haben mehr als die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt, sie sind von 71 Mandaten auf 31 heruntergesunken. Die Sozialdemokraten verloren von ihren 137 Mandaten 44. Auch das Zentrum hat einen kleinen Mandatsverlust (4 Mandate) zu verzeichnen.

Gewinner sind die Hitlerleute, die ihre bisherigen sieben Mandate auf die ungeheure Ziffer von 162 erhöht haben. Sie haben zwar nicht die absolute Mehrheit erlangt, aber sie beherrschen sozusagen das Wahlfeld. Der Wahlausfall zeigt klar und deutlich, daß der Kulminationspunkt dieser Bewegung noch nicht erreicht ist. Einen Gewinn haben auch die Kommunisten zu buchen, ihre Mandatsziffer ist von 48 auf 57 gestiegen.

Die Verteilung der Kräfte.

Die Zahl der zu vergebenden Mandate betrug 422, die absolute Mehrheit demnach 212. Die bisherige Regierungskoalition, bestehend aus Sozialisten, Zentrum und Demokraten hat 162 Mandate erlangt, und die Rechtsopposition, bestehend aus den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, der Volkspartei, den Christlich-Sozialen und den Hannoveranern gewann im ganzen 203 Mandate. Eine Gruppe für sich bilden die 57 Kommunisten. Wie die Dinge sich bei der praktischen parlamentarischen Arbeit entwickeln werden, ist vorläufig nicht abzusehen. Die wichtigste praktische Frage ist die, ob eine Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten möglich ist. Nach den letzten Kundgebungen von Zentrumsseite darf dies bezweifelt werden, obgleich der Reichskanzler bekanntlich s. Zt. mit den Nationalsozialisten Anknüpfungspunkte gesucht hat.

Die Listenverteilung der Mandate zum Preußischen Landtag.

Berlin, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verteilung der zum Preußischen Landtag neugewählten Abgeordneten auf die einzelnen Listen ist folgende:

Gesamtzahl der Abgeordneten	422
a) direkt gewählt	350
b) durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden gewählt	31
c) nach der Landesliste gewählt	41

Der Verlauf der preußischen Wahl.

Berlin, 24. April. (PAT.) Die heutigen Wahlen zum Preußischen Landtage wiesen in allen 23 Bezirken eine große Beteiligung auf. Bei der Wahl des Reichspräsidenten in diesem Jahre betrug die Beteiligung 86 Prozent. Die Beteiligung an der heutigen Wahl wird voraussichtlich gleichfalls 86 Prozent betragen. In den letzten Stunden kann sich indessen der Prozentsatz der Abstimmenden ermäßigen infolge des schlechten Wetters, nämlich eines ergiebigen Regens und Sturmes.

Am Sonnabend abend kam es in Duisburg zu blutigen Zusammenstößen von erheblichem Umfang. Bei einer Wahlversammlung, die von den Hitler-Anhängern veranstaltet war, kam es während der Rede des früheren Kommunisten Heim, der über seine Eindrücke auf einer Reise in Sowjetrußland berichtete, zwischen den Hitler-Anhängern und den im Saale anwesenden Kommunisten zu einem blutigen Zusammenstoß und zu Kämpfen mit Stöcken und mit Stühlen. Plötzlich warfen die Kommunisten eine Petarde in den Saal, die explodierte und den ganzen Saal mit Rauch

erfüllte. Es entstand eine Panik, wobei eine ganze Reihe von Personen Verwundungen erlitten. 14 Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. In Essen, Düsseldorf und Breslau mußte die Polizei wiederholt einschreiten. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

In Deutsch-Oberschlesien entwickelten alle Parteien von Sonnabend zu Sonntag bis zum frühen Morgen eine energische Wahlagitation. In Gleiwitz blieb die Polizei bis zum letzten Moment in Bereitschaft. In Mikulczitz kam es zu einer Schießerei zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten, in Oppeln veranstalteten die Hitler-Leute eine Kundgebung auf den Straßen. Die Polizei mußte die Demonstranten mit Gummiknüppeln auseinandertreiben.

Ministerpräsident Braun über die Wahl.

Berlin, 25. April. (PAT.) Der bisherige preußische Ministerpräsident Braun gewährte dem Berliner Korrespondenten der Havas-Agentur eine Unterredung, in der er u. a. seine persönliche Überzeugung dahin ausdrückte, daß die Verbesserung der Wirtschaftslage in Deutschland zu dem Rückgang der Hilterbewegung außerordentlich beitragen werde. In dem gegenwärtigen Zeitpunkt lasse sich noch nicht voraussehen, ob der Ausgang der heutigen Wahlen eine Änderung des preußischen Kabinetts zur Folge haben werde. In jedem Falle müßte eine solche Änderung einen großen Einfluß ausüben auf die Reichspolitik, namentlich auf die Auslandspolitik. Der Ministerpräsident bezeichnet sich als ein Anhänger der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich, und erklärte, daß er an die Möglichkeit einer Koalition zwischen dem Zentrum und den Hitlerleuten nicht glaube.

*

In Bayern

hat die letzte Landtagswahl vor vier Jahren, am 28. Mai 1928, stattgefunden. Die Hitler-Partei war dort bis jetzt nur mit 9 Abgeordneten vertreten. Sie vermochte bei der gestrgen Wahl ihren Besitzstand im Bayerischen Parlament um fast das Fünffache zu vermehren. Am gestrigen Sonntag entfielen auf:

	Stimmen	Mandate
Bayerische Volkspartei	1 272 047	45
Sozialdemokraten	604 098	20
Bay. Bauern u. Mittelstand	253 260	9
Deutschnationale Volkspartei	127 983	3
Hitler-Partei	1 270 602	43
Kommunisten	259 400	8

Die übrigen Listen gingen leer aus.

In Württemberg,

dem viertgrößten deutschen Lande, haben die letzten Landeswahlen am 20. Mai 1928, zugleich mit den letzten Wahlen zum Preußischen Landtage, stattgefunden In dem damals gewählten Landtage verteilten sich die Mandate so, daß den 21 Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei und sechs Kommunisten eine außerordentlich starke Mitte, bestehend aus 8 Staatsparteilern, 15 Bauernbündlern, 16 Abgeordneten des Zentrums, 4 Volksparteilern, 2 Abgeordneten der Volks-Rechts-Partei und 3 Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes gegenüberstand, während auf der Rechten die Nationalsozialisten mit nur einem, die Deutschnationalen mit nur vier Mandaten vertreten waren. Auch hier hat sich die Konstellation des Parlaments verschoben. Die gestrige Wahl zeitigte fogendes Ergebnis:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	207 000	14
Zentrum	254 000	17
Bauern- und Weingartenbesitzer-Partei	134 000	9
Demokraten	60 000	4
Kommunisten	117 000	7
Deutschnationale	58 000	3
Deutsche Volkspartei und Volkskonservative	19 000	—
Christlich-Soziale	52 000	3
Volksrechte	16 000	—
Nationalsozialisten	328 000	23

In Hamburg.

Hamburg, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den gestrigen Wahlen erhielten die einzelnen Parteien folgende Mandate:

Sozialdemokraten	49
Deutschnationale Volkspartei	7
Zentrum	2
Kommunisten	26
Deutsche Volkspartei	5
Staatspartei	18
Wirtschaftspartei	1
Nationalsozialisten	51
Volksdienst	1

In Anhalt.

Anhalt, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den gestrigen Wahlen zum Landtag erhielten die einzelnen Parteien folgende Mandate:

Sozialdemokraten	12
Deutschnationale Volkspartei	2
Zentrum	1
Kommunisten	3
Deutsche Volkspartei	2
Staatspartei	1
Wirtschaftspartei	—
Nationalsozialisten	15
Volksdienst	—
Haus- und Grundbesitz	1

*

Ein Wahltag wie noch nie.

Berlin, 25. April. Die Deutsche Republik hat seit ihrem Bestehen einen Wahltag, wie es der gestrige Sonntag war, noch nicht erlebt. Denn noch niemals fielen auf einen einzigen Tag die Wahlen in so vielen Ländern zusammen; beinahe im ganzen Reiche wurde gewählt. Gewählt wurde in Preußen, in Bayern, in Württemberg, in Hamburg und in Anhalt. Diese fünf Landtagswahlen vom 24. April kommen fast einer Reichstagswahl gleich.

Die Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland bewegte sich in den letzten Jahren deutlich in der Richtung einer Stärkung der zentralen Regierungsgewalt auf Kosten der lokalen Instanzen. Aber obwohl die Bedeutung der Landespolitik und der Landesparlamente zurückgedrängt wurde, wuchs das Interesse an den Landtagswahlen, die allmähli ihren Charakter veränderten. Sie wurden nicht mehr nur von dem Gesichtspunkt des einzelnen Landes gewertet, sondern ihreBedeutung als Symptom für die politische Entwicklung im Reich und ihre Bedeutung für die Reichspolitik im allgemeinen trat immer stärker in den Vordergrund. Auch in den Landtagswahlkämpfen trat das Lokale immer mehr zurück, und die Parteien bezogen ihre Wahlparolen weniger aus ihrem Lande als aus der Reichspolitik. Auch die gestrigen Landtagswahlen waren ein Gradmesser für die Entwicklungstendenzen der politischen Stimmung im ganzen Reich von fast ebensolcher Bedeutung wie es bei einer Neuwahl des Reichstages wäre. Dadurch aber, daß unter den wählenden Ländern die beiden größten Staaten Preußen und Bayern sind, wächst ihre Bedeutung über das rein Stimmungsmäßige hinaus. Denn wie in Preußen und wie in Bayern gewählt wurde, wie sich in diesen Ländern die Landtage zusammensetzen, und welche Regierungen in ihnen an das Ruder kommen, das ist auch für die Politk im Reichstag von unmittelbarer und entscheidender Bedeutung.

Pressestimmen.

Französische Feststellungen.

Paris, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Morgenpresse nimmt ausführlich zu den gestrigen Wahlen in Deutschland Stellung. Sie unterstreicht allgemein das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen.

Englische Zweifel.

London, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) In Betrachtungen über die Ergebnisse der gestrigen Wahl in Deutschland wird von verschiedenen Blättern bezweifelt, daß das Zentrum bereit sein werde, mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen.

Amerikanische Betrachtungen

Newyork, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Zu den nationalsozialistischen Wahlerfolgen in Deutschland heben die amerikanischen Blätter hervor, daß die Erfolge der Nationalsozialisten nicht ausreichend seien, um die politische Kontrolle in den größeren deutschen Ländern zu ändern.

*

Newyork, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Newyork Times“ veröffentlicht das Ergebnis der Wahlen in den deutschen Ländern auf der ersten Seite ihres Blattes, ohne dazu selbst Stellung zu nehmen. Im Leitartikel der „Newyork Herald and Tribune“ wird erklärt, weite Kreise Deutschlands glaubten, daß die nationalsozialistische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht habe. Das Blatt rechnet aus, daß der Gewinn der Nationalsozialisten von 600 000 Stimmen gegenüber der ersten Reichspräsidentenwahl auf Kosten der Deutschnationalen gehe und daß sich ein Stimmenverlust der Nationalsozialisten von 750 000 gegenüber dem zweiten Reichspräsidenten-Wahlgang ergebe. Nationalsozialisten und Deutschnationale seien zweifelhafte Verbündete, die nie erfolgreich zusammenarbeiten könnten. Zum Schluß wird erklärt: „Während es voreilig wäre, die Hitler-Bewegung als abgeschlossen zu betrachten, werden die Parteien der Weimarer Koalition sicherlich diese Ansicht vertreten und werden diese ihre Ansicht wegen ihrer psychologischen Wirkung auf Hitlers schwankende Gefolgschaft möglichst weit verbreiten.“

Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den gestrigen Landtagswahlen des **Landes Wien** erhielten folgende Stimmen und Mandate: **Sozialdemokraten 682 323 Stimmen 66 Mandate, Christlich-Soziale 233 622 Stimmen 19 Mandate, Nationalsozialisten 201 365 Stimmen 15 Mandate.**

In Salzburg: Sozialdemokraten 8 Mandate, Christlichsoziale 12 Mandate, Nationalsozialisten 6 Mandate.

In Niederösterreich: Sozialdemokraten 20 Mandate, Christlichsoziale 28 Mandate, Nationalsozialisten 8 Mandate.

Brüning in polnischem Licht.

In einer Berliner Korrespondenz beschäftigt sich der „Kurjer Poznański“ mit der Politik des Reichskanzlers Dr. Brüning. Dem fast drei Spalten langen Artikel entnehmen wir die folgenden Sätze:

„Brüning ist keine schwache Persönlichkeit. Sein Wille zum Regieren ist sehr stark und entschieden. Wegen der Schwierigkeit, mit dem Reichstage zusammenzuarbeiten schritt er zu den berühmten Notverordnungen. Als im Juni 1930 das Parlament zwei dieser Notverordnungen aufhob, entschloß sich der Kanzler kurzerhand, es aufzulösen. In seiner Rede im Juli 1930 bei den Beratungen des Zentrums definierte Brüning in klassischer Weise die Grundsätze, nach denen er sich in der Regierungspraxis richtet. In erster Linie stellte er fest, daß er solange gewartet hätte, solange nur ein Fünkchen Aussicht vorhanden war, daß eine Frage sich auf parlamentarische Weise lösen lasse. Und danach erklärte er: eines wäre notwendig, nämlich, daß nicht die Partei führen darf, sondern die Regierung. Dieser übrigens richtige Ehrgeiz kennzeichnet den Standpunkt Brünings gegenüber den Parteien und auch gegenüber dem Parlament. Er ist kein Anhänger der parlamentarischen Regierung, im Gegenteil, unter ihm regiert das Kabinett und die Aufgabe des Parlamentes ist die Zusammenarbeit mit dem Kabinett. Deshalb hat er auch den Reichstag nach Hause geschickt, als dieser die Zusammenarbeit nicht wollte. Der Inhalt der Innen- und der Außenpolitik steht bei Brüning in sehr engem Zusammenhang. Er erstrebt dasselbe, was die radikalen Rechtsparteien erstreben, nämlich die Befreiung Deutschlands von den Folgen des Versailler Vertrages.“

An einer anderen Stelle des Artikels heißt es:

„Parlamentarismus solange, als man mit ihm seinen Willen durchsetzen kann. Wenn dies nicht möglich ist, beschreitet der Kanzler den Weg der Notverordnungen und schiebt das Parlament beiseite. Er ist der Ansicht, daß die Ordnung der Verhältnisse im Innern die Voraussetzung bildet für die Stärkung Deutschlands auf außenpolitischem Gebiet zum Zwecke der Erreichung der Revision des Versailler Vertrages. Je stärker er im Innern ist, so lautet sein Grundsatz, desto stärker kann er nach außen auftreten. Das Auftreten nach außen muß indessen abgewogen werden entsprechend der eigenen Kraft, um nicht Überraschungen zu erleben, die Rückschläge zur Folge haben. Den Kampf um die Macht, den Brüning führt, darf man nicht vom Standpunkte eines rein persönlichen Ehrgeizes beurteilen. Brüning hat ein ausdrückliches und genau durchdachtes Programm für seine Außenpolitik und um dieses erfolgreich ins Leben zu rufen, führt er eine entsprechende innere Politik, namentlich auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Aufgaben der Politik, so sagte er einmal in Köln, müssen nicht bloß für einige Monate überlegt und durchdacht werden, sondern für zehn Jahre.“

Zum Schluß heißt es in dem Aufsatz des Posener Organs der Nationaldemokratie:

„Ein genaues Studium der Politik Brünings beweist, daß er sich genau an diese Richtlinien hält. Sie sind nicht immer populär; aber mit welcher Entschiedenheit, mit welchem Temperament und mit welcher Überzeugung der Kanzler kämpft, um seine Politik durchzuführen, kann derjenige beurteilen, der seine Rede bei der letzten Reichstags-Tagung gehört hat und der die Taktik beobachtet, die er bei seinem Kampfe im Innern anwendet. wo er sich durch keine Doktrin die Hände fesseln läßt. Obgleich er ein parlamentarischer Kanzler ist, regiert er ohne Parlament; obgleich er theoretisch ein Gegner der Diktatur ist, ist er ein versteckter Diktator, obgleich er überzeugter Katholik ist, stützt er sich nicht bloß, was sich von selbst verstände, auf das Zentrum, sondern auch auf die Sozialisten und die Liberale Partei, und obgleich er ein entschiedener Patriot ist, und — man kann ruhig die Behauptung riskieren —: obgleich er im Grunde Nationalist ist, kämpft er gegen die nationalistischen Tendenzen. Aber man würde ihm großes Unrecht tun, wenn man ihm Mangel an Charakter vorwerfen würde. Selten hat jemand eine so begründete Überzeugung und vor allem ein politisches Programm, wie es Brüning hat. Um es zu verwirklichen, behandelt er, wie jeder Politiker großen Formates, die Partei als Mittel dazu. Heute sind die einen dazu gut; aber es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß es morgen andere sein werden. Brüning ist zweifellos eine der hervorragendster politischen Figuren des heutigen Deutschland.“

Die Genfer Besprechungen.

Die Besprechungen, die Reichskanzler Dr. Brüning am Freitag vormittag mit Macdonald und am Nachmittag zusammen mit Staatssekretär von Bülow mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu hatte, haben programmgemäß stattgefunden und je etwa 1½ Stunden gedauert. Offiziell wird zwar über ihren Inhalt und ihr Ergebnis nichts mitgeteilt, jedoch scheinen die beteiligten drei Ministerpräsidenten jedenfalls nach dem Mittagessen beim Reichskanzler guter Laune gewesen zu sein.

Als die Photographen Tardieu und Macdonald beim Verlassen des Hotels Metropol nebeneinander photographieren wollten, sagte nach einem Bericht der „Voss. Zeitg.“ Tardieu: „Nein, das geht doch nicht, da muß auch Brüning dazu!“ So wurde Dr. Brüning geholt, in die Mitte genommen, und alle drei reichten sich die Hände. Die „englisch-deutsch-französische Entente“ wird also im Bilde in die Ewigkeit eingehen. Ob sie auf Erden schon so fest besiegelt ist, scheint im Augenblick trotz der weiteren Äußerung Tardieus, die er am Abend zu einigen französischen Journalisten über „eine gewisse Beruhigung“ machte, noch nicht so sicher.

Tatsache ist, daß alle hier schwebenden Fragen, die ja im Grunde ein einziges Problem darstellen, in den Besprechungen erörtert worden sind.

Nach Tardieus Rückkehr am Mittwoch sollen die Gespräche fortgesetzt werden, was jedenfalls beweist, daß auch die in gewissen Kreisen verbreiteten pessimistischen Auffassungen vom Verlauf der Gespräche zurzeit keine aktuelle Berechtigung haben.

Nach Mitteilung von französischer Seite ist in der Unterredung zwischen Brüning und Tardieu am Donnerstag die Tributfrage und die Donaufrage nur oberflächlich gestreift worden. Jedoch hat sich bereits in dieser ersten Unterredung gezeigt, daß die Französische Regierung gegenwärtig jedes Entgegenkommen in der Tributfrage, sowie alle sachlichen deutschen Vorschläge für die endgültige Regelung auf das entschiedenste ablehnt. In der Unterredung ist nach dem Eindruck in französischen Kreisen ein Fortschritt in der Richtung einer Einigung nicht erzielt worden. Tardieu soll geltend gemacht haben, daß Deutschland durch die Inflation von allen inneren Schulden befreit sei und über einen hochentwickelten industriellen Apparat verfüge, so daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands auf tributpolitischem Gebiet nicht bestritten werden könnte.

Der Terror in Memel.

Memel, 24. April. Die Untersuchung gegen den in Memel verhafteten Reichsdeutschen Beckers und Schulrat Meyer wird dieser Tage zum Abschluß gebracht werden. Wie von der zuständigen Gerichtsbehörde auf Anfrage mitgeteilt wird, bestehen keine Zweifel mehr darüber, daß die beiden Verhafteten vor das Kriegsgericht gestellt werden. Beide werden der Spionage zugunsten Deutschlands beschuldigt.

Republik Polen.

Finanznöte des Warschauer Magistrats.

Wie traurig es um die Finanzen des Warschauer Magistrats bestellt ist, ist am besten aus der Auszahlung der Beamtengehälter ersichtlich. Obwohl wir bereits Ende April haben, sind bis jetzt die März-Gehälter noch immer nicht gezahlt. Den Beamten werden, wie die Oppositionspresse zu berichten weiß, die Gehälter in Raten zu fünf bis zehn Prozent ausgezahlt, wobei diese Raten manchmal 5 oder gar nur 3 Złoty betragen.

Kleine Rundschau.

„Graf Zeppelin“ auf dem Rückflug.

Friedrichshafen, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich heute früh um 7 Uhr m. e. Z. nordwestlich von den Kanarischen Inseln.

Reit- und Fahrturnier in Gnesen.

Zweiter Tag.

Gnesen, 23. April.

Bei stärkerem Besuch als am ersten Tage fand heute bei herrlichem Sonnenschein das erste Rennen für Pferde, die in Großpolen und Pommerellen gezüchtet wurden, statt. Bedingung für dieses Rennen war: 14 Hindernisse, 1,20 Meter hoch, 3,50 Meter breit, Laufzeit 400 Meter in der Minute, 7 Hindernisse müssen einwandfrei genommen werden.

Den 1. Preis erzielte Oberleutnant Dąmbski-Nerlich, 7. Art.-Div. zu Pferde, auf „Polus", 2. Rittmeister Ruszkowski, Kav.-Reitschule-Graudenz, auf „Pocinka", 3. Oberleutnant Pininski, Kav.-Reitschule, auf „Sachara", 4. Baron von Lüttwitz auf „Ute", 5. Oberleutnant Czeremiawski, 17. Ulanen-Regt., auf „Dion", 6. Hauptmann Bylczynski, 7. Art.-Div. zu Pferde, auf „Domino", 7. Leutnant Gutowski, 17. Ulanen-Regt., auf „Trawjata", 8. Leutnant Rysy, 15. leichte Feldart.-Regt., auf „Pernu".

Das zweite Rennen für Zivilisten war offen für Pferde aller Abstammung und sah 12 Hindernisse, 1,20 Meter hoch, 3,00 Meter breit, Laufzeit 400 Meter in der Minute, wovon 6 Hindernisse straffrei passiert werden mußten, vor.

1. Preisträger war Baron von Lüttwitz auf „Torero", 2. Herr Grabianowski auf „Frampol", 3. Baron von Lüttwitz auf „Ute", 4. Ehrenpreis Herr Josef Soltysinski-Posen auf „Sonny Boy".

Ein Gruppen-Reiten folgte als 9. Veranstaltung, offen für Pferde aller Abstammung bei 16 Hindernissen, 1,20 Meter hoch, 4 Meter breit, wovon 8 Hindernisse bei einer Laufzeit von 400 Metern in der Minute einwandfrei genommen werden mußten. Geritten wurde einzeln, doch werden die Leistungen des Einzelnen als Gruppe von 4 Reitern summarisch bewertet.

Die Zentral-Art.-Schule hatte den betreffenden Preis aus 1930 und 1931 zu verteidigen, mußte ihn jedoch dieses Jahr an den pommerellischen Pferde-Zucht-Verein Graudenz bei best erzielter Zeitleistung abgeben. Reiter waren: Oberleutnant Kulcsza, Oberleutnant Karwacki, Oberleutnant Lukaszewicz, Oberleutnant Łuszczewski aus der Zentral-Kavallerie-Schule Graudenz, die gleichzeitig Mitglieder des Pferde-Zucht-Vereins sind. Beteiligt an diesem Rennen haben sich noch ferner 16. Ulanen-Regiment Bromberg, 17. Ulanen-Regt. Lissa, 15. Art.-Regt. Bromberg, 25. Art.-Regt. Kalisch, 31. Art.-Regt. Thorn und 7. Art.-Division zu Pferde Posen mit je 4 Pferden als 1. Gruppe.

Dritter Tag.

Ein Rennen unter schweren Bedingungen offen für Pferde aller Abstammung eröffnete die Sonntagsveranstaltungen. Die Bedingungen lauten: 15 Hindernisse 1,40 Meter hoch, 4,00 Meter breit bei einer Laufzeit 400 Meter in der Minute. 65 Nennungen führt das Programm zu diesem Rennen auf; es beteiligten sich hieran aber nur 46 Reiter und gaben 9 Reiter den Wettbewerb auf. Infolge eines eingelegten Protestes kann über Placierung erst morgen berichtet werden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 25. April.

Wechselnd bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet teils wolkiges, teils heiteres Wetter, nach sehr kühler Nacht wieder Temperaturanstieg an.

Es geht aufwärts!

Das Thermometer schwankt noch zwischen Pelz und
Strohhut,
Das Barometer unter Depressionen stöhnt,
Doch naht bereits ein lang entbehrtes Hoch von Frohmut
Und lächelnd alles bald der Krise höhnt.
Es muß sich alles, alles wenden!

Wir brauchen die Gefühle nicht mehr zu verschleiern!
Das wird doch heute mit Bilanzen nur gemacht.
Und stets die alten Klagen runterleiern
Kann nur, wer seine Gläub'ger wirklich glücklich macht.

Die Bänke sind schon samt und sonders frisch gestrichen.
Wenn mancherorts auch eine Bank noch leise kracht,
So liegt das daran, daß der Winter ist gewichen,
Und daß die Mehrbelastung viel ausmacht.

Mit Murmeln fröhlich Kinder auf der Straße spielen,
Mit uns das Schicksal heiter-lächelnd Murmeln spielt.
Wir rollen aufwärts, das muß wirklich jeder fühlen,
Auf Reichtum, Glück und Wohlstand trefflich ist gezielt.

Die Sonne scheint, es muß sich alles, alles wenden,
Vorbei sind Schnee und Winter sowieso.
Es grünt an Konten, Sträuchern, kurz an allen Enden,
Die Krise ist vertagt bis — Ultimo.

Xerxes.

---

§ **Zuschlag zu den Radiogebühren.** Im „Monitor Polski" vom 22. April d. J. ist eine Verfügung des Ministers für Post und Telegraphie über die zeitweilige Änderung der Radio-Gebühren veröffentlicht. Auf Grund der Verfügung wird ein zeitweiliger Zuschlag in Höhe von 30 Groschen pro Monat von jedem Radioempfänger erhoben. Die Verfügung tritt am 1. Mai in Kraft und wird bis zum 31. März 1933 verpflichten.

§ **Gegen die Kommunalzuschläge.** Im „Dziennik Ustaw" ist das kürzlich vom Sejm beschlossene Gesetz veröffentlicht worden, wonach die Gehälter der Kommunalbeamten denjenigen der Staatsbeamten angepaßt werden. Auf Grund dieses Gesetzes kommen alle besonderen Zuschläge, die durch die verschiedenen Selbstverwaltungskörperschaften ihren Funktionären ausgezahlt wurden, mit dem 31. Juli in Wegfall.

§ **Die Zahl der Postämter und -Agenturen.** Angaben des statistischen Hauptamtes zufolge beträgt die Zahl der Postämter in Polen 1818, die Zahl der Postagenturen 2245. Außerdem gibt es 3944 Telegraphenstationen und 3934 Telephonämter.

§ **In Polen werden nicht die meisten Ehen geschlossen.** Auf Grund von Angaben des statistischen Hauptamtes war die Zahl der Eheschließungen in Polen im 3. Vierteljahr des Jahres 1931 und in anderen zehn Staaten folgende: an erster Stelle befindet sich Deutschland mit 123 235 Eheschließungen, es folgen England — mit 99 372, Frankreich — mit 81 148, Polen — mit 53 962, Italien mit 50 091, Tschechoslowakei mit 31 813, Kanada mit 17 802, Holland mit 16 114, Ungarn mit 13 110, Portugal mit 9883 und Norwegen mit 4333 Eheschließungen.

§ **Schmierfinken.** In dieser schweren Zeit, in der es für das Staatswesen das Angebrachteste wäre, wenn alle seine Einwohner in Frieden und Eintracht zusammenleben würden, um in geschlossener Kraftanspannung der Krise einen Wall entgegenzusetzen, in dieser Zeit finden nichtswürdige Elemente Muße und Geld, um in schmutzigster Weise gegen einen Teil ihrer Mitbürger vorzugehen. In einigen Straßen Brombergs wurden in der Nacht zum Sonntag die Schaufenster jüdischer Kaufleute mit Teer beschmiert. In Schriftgröße von etwa einem Meter stand an den Schaufenstern mit Teer gemalt: „Żyd" (Jude). Leider haben wir nicht erfahren, daß einer der Täter bei seinem schmutzigen Handwerk überrascht und ergriffen worden ist.

§ **Gesetze, die umgangen werden.** In dem Krakauer „Il. Kurjer Codz." beklagt sich ein Herr „Ach" aus Warschau über die Praxis der polnischen Autobusunternehmer, die angeblich darauf ausgehen, die Bestimmungen des Gesetzes über den Straßenbaufonds zu umgehen. Die Passagiere erhalten meistens überhaupt keine Fahrscheine, oder solche, die auf einen viel geringeren, als den tatsächlich bezahlten Betrag lauten, zu dem Zweck, damit der Autobusunternehmer die hohe Steuer nicht zu entrichten braucht, die ihn sonst ruinieren würde. Das Traurigste an der Sache aber — so meint Herr „Ach" — sei, daß das Publikum mit den Autobusunternehmern durchaus sympathisiert. Man weiß, daß die Autobusunternehmer bankrottieren müßten, wenn sie die Fahrkartensteuer voll entrichten würden und unterstützt sie bei den Steuerhinterziehungen. Herr „Ach" schließt seine Betrachtungen mit folgenden Worten: „Also was ist hier nicht in Ordnung? Wo liegt die Wurzel des Übels? Warum gibt es beispielsweise in der Schweiz keine Straßenbahnschaffner und warum zahlt dort das Publikum trotzdem das Fahrgeld von selbst? Der eine wird antworten, daß bei uns der „Geist des Ostens" an diesen Zuständen schuld sei, der andere wird es vielleicht etwas anders begründen. Die Hauptschuld jedoch trifft die lebensunwirklichen Gesetze, die von allen umgangen werden müssen."

§ **Diebe vor Gericht.** Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich die Arbeiter Marjan Wianecki, Stanisław Kozłowski und Maximilian Somrawski aus Nakel wegen Diebstahls zu verantworten. Mitangeklagt wegen Hehlerei sind die Eheleute Grzegorz und Sofja Macibuch. Die ersten drei Angeklagten entwendeten am 15. August v. J. aus dem verschlossenen Stall der Helene Synoracka, an dem sie das Schloß abbrachen, 9 Hühner und einen Sack Holz. Die Hühner verkauften sie an die Eheleute M. Durch die Zeugenvernehmung konnte der Diebstahl nur dem W. und K. nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte die beiden, da sie bereits mehrmals wegen Geflügeldiebstahls vorbestraft sind, zu je acht Monaten Gefängnis und sprach die übrigen Angeklagten frei. — Franciszek Kwapich, Franciszek Ciesielski und Jan Kwapich aus Nakel hatten sich gleichfalls wegen Diebstahls zu verantworten. K. und C. drangen in der Nacht zum 12. Juli v. J. in Olszewo in die Scheune von Paul Erdmann ein und stahlen 200 Kilogramm Raps. Jan K. war den beiden beim Verkauf behilflich. Fr. K. und C. bekennen sich zu dem Diebstahl, bestreiten es jedoch, daß der Bruder des ersten Angeklagten irgend etwas von dem Diebstahl gewußt habe. Das Gericht verurteilte K. und C. zu je drei Monaten Gefängnis mit 5jährigem Strafaufschub. ‡

§ **Selbstmord eines Unbekannten.** In der Nähe der Schleusenstraße sprang gestern abend gegen 10 Uhr ein unbekannter Mann in selbstmörderischer Absicht in den Kanal. Der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, die Leiche des Ertrunkenen zu bergen. Sie wurde in die Leichenhalle an der Schubiner Chaussee gebracht. Der Tote hatte keinerlei Papiere bei sich, aus denen Personalien festzustellen waren. Es handelt sich um einen Mann im Alter von etwa 60 bis 70 Jahren, 1,70 Meter groß, graues Haar, kurz geschnittenen Schnurbart. Der Tote war bekleidet mit einem dunklen Anzug, schwarzen Schuhen, Barchenthemd mit schwarzen Streifen, weißen Unterhosen. Personen, die zweckdienliche Angaben über den Toten machen können, werden gebeten, sich im 2. Polizeirevier, Boyestraße (Wileńska) zu melden.

§ **Wegen unerlaubter Grenzüberschreitung** wurde ein 30jähriger Mann verhaftet und den hiesigen Gerichtsbehörden zur Verfügung gestellt.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften, eine Person wegen Diebstahls, und eine wegen Trunkenheit.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

*

1 **Aus dem Landkreise Bromberg, 24. April.** Kürzlich wurde mit Hilfe eines Nachschlüssels vom Speicher des Gutes Lichtenau 9 Zentner zur Saat gebeizte Gerste gestohlen. Es ist gelungen, den Dieb sowie Abnehmer zu ermitteln.

00 **Debenke (Dębionek), Kreis Wirsitz, 24. April.** Diebe drangen in der letzten Nacht in den Hühnerstall des Besitzers Gustav Wrase ein und stahlen 20 Legehühner.

e **Nakel (Nakło), 24. April.** Freitag fand hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt. Der Auftrieb war groß. Mit Pferden wurde wenig gehandelt. Mittlere waren für 50—100 Złoty zu haben und bessere für 200—300 Złoty. Unter dem Rindvieh war reger Handel, leichtes und mittleres Vieh wurde schon für 30—60 Złoty gehandelt, und gutes schweres Vieh für 180—200 Złoty. Ferkel je nach Qualität 26—36 Złoty das Paar, fette Schweine kosteten 40—45 Złoty der Zentner. Butter kostete das Pfund 1,20—1,40, Eier 1,00 die Mandel, Weißkäse 0,25 bis 0,30 pro Pfund. — In einer der letzten Nächte drangen unbekannte Diebe in den Stall des Gutsbesitzers Tomaszewski in Paulsmühle ein, schlachteten 5 Schafe ab und sind mit dem Fleisch der Tiere entkommen.

v **Argenau (Gniewkowo), 23. April.** Dem hiesigen Wagenbauer J. Kupczak wurde in Inowrocław von bisher unbekannten Dieben ein Kutschwagen im Werte von 750 Złoty gestohlen. — Nach längerer Beobachtung ist die Polizei einer Bande auf die Spur gekommen, die mehrere Pferdediebstähle ausführte. Die Bande besteht aus sechs Zigeunern, die von Ort zu Ort zogen und mit Hilfe von weiteren Mitschuldigen die Pferde unkenntlich machten und auf den Jahrmärkten zum Verkauf brachten.

o. **Schokken, Kr. Wongrowitz, 23. April.** Kürzlich feierte der Jugendbund von Roszcino und Umgegend in der festlich geschmückten Kirche zu Schokken sein Jahresfest. Herr Hein aus Wiatrowiec hielt die Einleitungsrede und begrüßte die erschienenen Gäste. Nach der Festrede des Pfarrers Kauhl übermittelte Jugendbundprediger Poppek die Grüße und Glückwünsche anderer Verbände.

z. **Inowrocław, 24. April.** Der Polizei ist es gelungen, zwei gefährliche Einbrecher zu ermitteln und dingfest zu machen. Es sind dies die beiden erst kürzlich aus dem Zuchthaus entlassenen Josef Ziolkowski und Alexander Szulc. Auf ihr Konto kommen 5 Einbruchsdiebstähle und 1 Raubüberfall. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde bei einem der Diebe und bei der Hehlerin Helene Orczyk, die in der alten Mühle in der ul. Średnia 5/6 wohnt, vorgefunden.

ↀ **Pudewitz (Pobiedziska), 24. April.** Racheakt. Der Filialleiter Gutzmann der hiesigen Zentralgenossenschaft wurde von zwei 18 bis 20jährigen Lümmels überfallen. Sie verlangten Zigaretten, und als sie das Geforderte nicht bekamen, fielen sie über ihn her, warfen ihn zur Erde und verprügelten ihn. Die Raufbolde sind erkannt.

Posen (Poznań), 24. April. Der Schlosser Jan Ruks aus der Kopczyńskistraße hatte im Juni v. J. zwei Knaben im Alter von 14 und 12 Jahren, die sich in Gurtschin mit Radfahren vergnügten, vom Rade gerissen und verprügelt und war dann auf dem ihnen geraubten Rade davongefahren. Er wurde deshalb von der Strafkammer wegen Straßenraubes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Zu einer unerquicklichen Szene kam es in dem Szlachtaschen Möbelgeschäft in der Breslauerstraße, als dort mehrere wegen rückständiger Steuern gepfändete Möbel versteigert werden sollten. Es meldeten sich nämlich die Möbellieferanten aus dem benachbarten Schwersenz, die die Möbel dem Geschäft in Kommission gegeben hatten und nun ihr Eigentum auf einem Lastkraftwagen vor dem unersättlichen Steuerfiskus retten wollten. Den daraus entstandenen scharfen Zusammenstößen zwischen den rechtmäßigen Eigentümern und dem mit der Versteigerung beauftragten Beamten machte die Polizei ein Ende. — Im Hause fr. Moltkestraße 12 forderte ein Bewohner des Hauses namens Marjan Bilkowski ein im Hausflur herumlungerndes 16jähriges Mädchen zum Verlassen des Hausflurs auf und erhielt plötzlich von dessen Beschützer einen Schlag mit einem Eisenstabe über den Schädel, daß er schwer verletzt zusammenbrach. — Beim Rangieren des Zuges in Luban geriet der Eisenbahnarbeiter Adam Szymański aus Winiary zwischen die Puffer, wobei ihm die Schulter bedenklich gequetscht wurde. — In der Wasserstraße erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Kraftwagen und einem Motorradfahrer, wobei beide Fahrzeuge schwer beschädigt wurden. Der Motorradfahrer Wicherski erlitt eine schwere Verletzung des linken Fußes.

Kleine Rundschau.

* **Weizenkönig Leiter und seine Schwestern.** Der vor einigen Tagen in Chikago verstorbene Weizengroßhändler Joseph Leiter, der aus ganz kleinen Verhältnissen stammt, stand wiederholt im Mittelpunkt des Interesses. Das erste Mal sprach ganz Amerika von ihm im Jahre 1897, als er den Versuch machte, die gesamten amerikanischen Weizenvorräte aufzukaufen, um auf diese Weise auf allen Weizenmärkten der Welt eine stürmische Hausse herbeizuführen. Die Spekulation schlug fehl, und Leiter verlor etwa 40 Millionen Mark. Zum zweiten Male machte er durch einen aufsehenerregenden Erbschaftsprozeß von sich reden, in den er 1923 verwickelt wurde. Der Prozeß ist von den drei Schwestern des Weizenkönigs angestrengt worden. Die ältere Schwester heiratete den englischen Grafen Suffolk, die zweite vermählte sich mit dem bekannten englischen Staatsmann und Vizekönig von Indien Lord Curzon, und die jüngste machte gleichfalls eine glänzende Partie, indem sie die Gattin Campbells wurde, des Vertreters eines alten englischen Adelsgeschlechtes. Nach der testamentarischen Bestimmung des 1923 verstorbenen Familienvaters erhielten alle drei Töchter bedeutende Legate. Darüber hinaus sollte aus der Erbsumme ein Fonds gebildet werden, der von Joseph Leiter, dem einzigen Bruder der drei Schwestern, verwaltet werden sollte. Lord Curzon, der älteste Schwager Leiters, wollte sich mit dieser Bestimmung unter keinen Umständen abfinden und veranlaßte seine Gattin, die Ungültigkeit des Testamentes auf gerichtlichem Wege herbeizuführen. Die übrigen Geschwister schlossen sich dem Vorgehen der Lady Curzon an. Der Erbschaftsstreit dauerte acht Jahre und wurde erst vor kurzem mit dem vollen Siege Joseph Leiters beendet.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 25. April 1932.

Krakau — 2,32, Zawichost + 1,77, Warschau + 2,06, Plock + 2,45, Thorn + 3,32, Fordon + 3,34, Culm + 3,32, Graudenz + 3,60, Kurzebrak + 3,99, Piekel + 3,92, Dirschau + 4,06, Einlage + 3,26, Schiewenhorst + 2,94.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 95

Statt besonderer Anzeige.

Heute vorm. ½11 Uhr verschied sanft und unerwartet unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Schwägerin und Tante

Frau Amanda Rohde

geb. Strehlau

im vollendeten 83. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Max Rohde.

Legnowo, den 24. April 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 28. d. Mts., nachm ¼4 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 1859

Sonnabend früh entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Fabrikvorsteher i. R.

Julius Peiler

im 70. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Hedwig Peiler geb. Bönning
Kinder und Enkelkinder.

Solec-Kujawski, den 25. April 1932.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 27. April, um 4 Uhr nachmittags statt. 1867

Nach Gottes Rat wurde heute in die Ewigkeit abgerufen der

Fabrikdirektor a. D.

Julius Peiler

kurz vor seinem 70. Geburtstage.

Acht Jahre hat er in Treue und Dienstwilligkeit unserer Kirchengemeinde als Aeltester gedient. Sein Gedächtnis bleibt unter uns in Ehren.

Schulitz, den 23. April 1932.

Die kirchlichen Körperschaften.

Leesch, Pfarrer. 4307

Gestern früh 2½ Uhr verschied sanft nach langem, in Geduld ertragenem Leiden unsere inniggeliebte Tochter, meine liebe Schwester, Enkelin, Nichte und Kusine

Frieda

im blühenden Alter von 18 Jahren.

Um stilles Beileid bittet

Paul Gatz nebst Frau und Tochter Gertrud.

Dębowiec, den 25. April 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. 4224

Heute früh verschied plötzlich nach längerem Leiden, in seinem 70. Lebensjahre, mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Ernst Weigelt

In tiefer Trauer

Amalie Weigelt geb. Würtz
Hanna Radke geb. Weigelt
Gisela Radke

Bydgoszcz, den 23. April 1932.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 26. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen evgl. Friedhofes aus statt. 1863

Pommerellen.

25. April.

Graudenz (Grudziądz).

Verband deutscher Katholiken in Polen.

Eine Festversammlung hielt die Ortsgruppe Graudenz dieser Organisation Freitag abend im „Goldenen Löwen" ab, zu der sich Mitglieder und Gäste zahlreich eingefunden hatten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag von Gymnasialprofessor Tkaczyk hierselbst, in dem er vom christlichen Standpunkt aus den Weg zu weisen suchte, um der wirtschaftlichen und seelischen Nöte unserer zerfahrenen Zeit Herr zu werden. Der Redner lehnte in entschiedenen Darlegungen die Meinung mancher Politiker und Ökonomisten ab, die dahin geht, daß Übervölkerung eine der Grundursachen unseres wirtschaftlichen und sozialen Elends sei. Nur im Menschen selbst stecke der Grund des Weltelends. Dem biblischen Worte gemäß ... und machet die Erde euch untertan" sei die allgemeine Weltordnung, die Gestaltung des sozialen Lebens von den Menschen selbst abhängig. In einer völligen Abkehr vom Wege des jetzigen Handelns und Wandelns liege das Mittel zur Besserung. Nur im Einklang mit den ewigen göttlichen Gesetzen, auf denen wiederum die Naturgesetze basieren, könne ein Ausweg aus der gegenwärtigen, fast überall zu spürenden Traurigkeit im geistigen und materiellen Lebensdasein gefunden werden. Redner verbreitete sich näher über wirtschaftlich falsche Zusammenhänge als Ursache des heutigen ökonomischen Übels, das bereits im Mittelalter eine Art Vorläufer gehabt habe. Damals verschaffte Amerikas Entdeckung einen neuen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Einen solchen Ausweg gäbe es aber heutzutage nicht mehr, da die Welt bis ins kleinste Winkelchen verteilt sei. Die einzige Entwirrung des Problems bringe die Rückkehr zu den Christusgesetzen, absolute Respektierung der rein christlichen Weltauffassung — das allein werde der geplagten Menschheit Ordnung, Ruhe und wirkliches Glück schaffen. Redner forderte dazu auf, daß die Laienwelt der Geistlichkeit kräftiger als bisher zur Vertiefung der Weltanschauung im Sinne Christi zur Seite stehe, im echten Geiste der katholischen Aktion. Regster Beifall lohnte dem Vortragenden.

Ähnlichen Gedanken hatte bereits der Vorsitzende, Studienrat Dr. Bischoff, in seinen Begrüßungsworten Raum gegeben. Auch er hatte zur Abwendung vom innerlich unbefriedigenden und seelenlosen Materialismus und Naturalismus gemahnt und zu gottdurchdrungenem, innig gottverbundenem Christentum, zur Bekämpfung der mannigfachen der christlichen Lehre und Auffassung drohenden Gefahren aufgerufen. Im übrigen schmückten den Abend gut vorgetragene Gesänge des Cäcilienvereins, ganz vortrefflich deklamierte Gedichte (u. a. das markige „Arbeit" von Wildenbruch, sowie das stimmungsvolle Geibelsche „Und dräut der Winter noch so sehr" der Herren Stasi und Szczepanski) und der eindrucksvolle Vortrag der „Weltenuhr" des unserer Heimat bekanntlich so nahestehenden Franz Lüdtke durch die Mädchengruppe. *

× **Kanalisations- und Müllabfuhrgebühr.** Der Magistrat publiziert: Durch Beschluß der städtischen Körperschaften vom 8. und 10. 2. d. J. werden im Wirtschaftsjahr 1932/33 an Gebühren für die Unterhaltung des Kanalisationsnetzes 97 Prozent des Zuschlages zur Gebäudesteuer, für die Unterhaltung der Regenwasserabflüsse 9,7 Prozent und für die Gemüllabfuhr 81 Prozent des genannten Zuschlages erhoben. Den verpflichtenden Statuten gemäß müssen die Grundstücksbesitzer diese Gebühren in Vierteljahresraten, und zwar bis zum 15. des zweiten Monats jedes begonnenen Quartals, an die städtische Steuerkasse abführen. Für rückständige Beträge wird, angefangen vom 15. Tage nach Ablauf des Zahlungstermins, eine Verzögerungsstrafe erhoben. *

× **Vom Bauwesen.** Eine städtische Tätigkeit auf dem Gebiete der Errichtung kommunaler Wohnhäuser wird in der jetzigen Saison nicht zu verzeichnen sein. Dem Magistrat stehen für diesen Zweck leider keinerlei Mittel zur Verfügung. Was das private Bauwesen angeht, so hat der Magistrat bisher die Pläne von zehn neuen Wohnhäusern (Villen), die fast sämtlich in der Pilsudskistraße ihren Platz finden sollen, bestätigt. Einige dieser Gebäude befinden sich bereits in der Herstellung und sind zum Teil schon ziemlich weit fortgeschritten. Mehrere Pläne liegen der Bauabteilung noch zur Prüfung und Genehmigung vor. Da außer diesen einige weitere Bauprojekte zu erwarten sind, so dürften im laufenden Jahre wohl an zwanzig neue, allerdings meistens kleinere Baulichkeiten privaterseits errichtet werden. *

t **Wochenmarktbericht.** Zeitgemäßes, tatsächliches Frühlingswetter begünstigte den Sonnabendwochenmarkt; die Zufuhr war recht gut. Man notierte: Butter 1,50—1,60, Eier 0,90—1,00, Kartoffeln 2,80—3,50 pro Zentner, Spinat 0,80 bis 1,00, Rhabarber pro Bundchen 0,50, Radieschen pro Bundchen 0,20, Salat pro Köpfchen 0,15—0,25, weiße Bohnen 0,25—0,30, Kocherbsen 0,20—0,25, Mohrrüben 0,15, Zwiebeln 0,25—0,30, Suppenhühner 2,80—4,00, Tauben pro Paar 1,50 bis 1,60, Puten 8—9,00; Hechte 1—1,20, Schleie 1,50, Barsche 0,50—0,80, Karauschen 1,30, große Bressen 1,20, kleine Plötze drei Pfund 1,00, größere 0,60—0,70. *

× **Wegen Urkundenfälschung** wurde dem Sonnabend-Polizeibericht zufolge ein Mann festgenommen, ferner sechs Diebe. Zur Bestrafung gemeldet wurden fünf Radfahrer, deren Räder keine Bremsen aufwiesen, ferner ein Wagenlenker, der sein Pferd in strafbarer Weise gequält hat. Die Diebstahlsliste verzeichnet: F. Balon, Pohlmannstraße (Mickiewicza), sind Autoteile im Werte von 100 Złoty, Antoni Jabłoński, Roggenhausen (Rogóźno), ist sein etwa 100 Złoty wertes Fahrrad und Kazimiera Zuchlińska, Festungsstraße (Forteczna) 23, eine Uhr, Schuhe und 40 Złoty Bargeld, entwendet worden. *

Thorn (Toruń).

v. **Von der Weichsel.** Der Wasserstand erfuhr gegen den Vortag eine weitere Abnahme um 22 Zentimeter und betrug Sonnabend früh bei Thorn 3,81 Meter über Normal. — Von Warschau kommend traf Dampfer „Jagiello" mit Passagieren und Stückgütern in Thorn ein. Die Stadt passierten auf der Bergfahrt von Danzig nach Warschau Dampfer „Witez" und Schnelldampfer „Wanda", auf der Talfahrt von Warschau nach Danzig Salondampfer „Faust". * *

v. **Die Weichselfähre** verkehrt bis auf weiteres täglich von 6 Uhr morgens bis 9.15 Uhr abends, so daß die Reisenden des Bromberger Zuges, der um 20.59 Uhr auf dem Hauptbahnhof (Toruń-Przedmieście) einläuft, den letzten, um 21.15 Uhr vom linken Weichselufer abgehenden Fährdampfer noch erreichen können. Der Fährtarif hat gegen das Vorjahr keine Veränderung erfahren: 15 Groschen pro Person, Beamte und Militärpersonen bis zum Unteroffizier 8 Groschen, Schüler und Schülerinnen 5 Groschen, Kinder bis zu 6 Jahren in Begleitung Erwachsener frei, Gepäck über 20 Kilogramm, Handwagen, Kinderwagen, Fahrräder usw. 15 Groschen pro Stück. * *

v. **Öffenliche Ausschreibung.** Das Baureferat bei der Starostei des Kreises Thorn (dawn. Państw. Urząd Budow. Naziemnego) in Thorn, Słowackiego 16, will die Maurer-, Zimmermanns-, Tischler-, Schlosser- und Glaserarbeiten sowie Installation der Zentralheizungsanlage, der Wasser-, Gas- und elektrischen Lichtleitung beim Umbau des Gebäudes des Staatlichen Coppernicus-Gymnasiums in Thorn vergeben. Nähere Informationen erteilt der Bauleiter des oben genannten Amtes. Offerten müssen in versiegelten Umschlägen mit der Aufschrift „Oferta na prace murarskie, ciesielskie ... przy pomocniczym budynku Państw. Gimnazjum im. Kopernika" spätestens bis zum 2. Mai 1932, 12 Uhr mittags, eingereicht werden, worauf die Öffnung der eingegangenen Offerten erfolgt. Den Offerten ist eine Quittung der Kasa Skarbowa über eine in Höhe von 5 Prozent der Offertsumme in Bargeld oder staatlichen Wertpieren hinterlegte Bürgschaft beizufügen. * *

v. **Preise für Fleisch und Fleischwaren.** Die Thorner Fleischerinnung hat in ihrer Sitzung am 20. d. M. folgende Preisfestsetzungen getroffen: Fleisch (für je 1 Kilo): Schweinefleisch, Halsstück 1,80, Koteletts 2.00, gehacktes Schweinefleisch 1,80, gehacktes Rindfleisch 1,40, frischer Speck 2,00, Räucherspeck 2,40, Schweineschmalz 3,00, Schweineliesen 2,40, frischer Schinken 2,00, gekocht oder geräuchert 4,00, Krakauer Wurst 3,00, Jagdwurst 2,60, Knoblauchwurst bis 1,60, Zungenwurst 2,60, Würstchen 3,00, Preßkopf 2,20, Leberwurst, 1. Sorte 2,60, 2. Sorte 2,00, 3. Sorte 1,00, Preßwurst 1,00—2,00. Obige Preise verpflichten vom 21. d. M. **

‡ **Der Polizeibericht** vom Freitag verzeichnet drei kleinere Diebstähle, zehn bzw. zwei Übertretungen polizeilicher Verwaltungs- bzw handels-administrativer Bestimmungen und einen Verstoß gegen sanitätspolizeiliche Anordnungen. — Festgenommen und ins Burggericht eingeliefert wurden drei Personen wegen Gelddiebstahls, eine wegen Unterschlagung, zwei wegen Taschendiebstählen während des Wochenmarktes. Sodann wurden zwei Diebstahlsverdächtige verhaftet, nach erfolgter Vernehmung aber wieder entlassen. Die Akten wurden dem Gericht zugeleitet. In Polizeiarrest genommen wurde ferner eine weibliche Person, die im Verdacht steht, die Leiche eines neugeborenen Kindes auf dem St. Jakobsfriedhof ausgesetzt zu haben. Wegen Trunkenheit erfolgten drei Arretierungen. * *

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Deutsches Heim. Montag, 2. Mai, 8.15 Uhr: „Haydn-Feier" Kammermusikabend der verstärkten Orchesterabteilung mit Solisten. Vorverkauf bei Justus Wallis, Szeroka 34. (4203 * *

---

* **Goßlershausen** (Jabłonowo), 24. April. Die Polizei ermittelte in der Diebstahlsangelegenheit bei Erich Schnakenberg, über die wir im Februar berichteten, die Täter. Bei der Haussuchung wurden viele aus Diebstählen herrührende Gegenstände gefunden, so daß die Missetäter sich bequemen mußten, noch weitere elf Einbrüche im Briesener Kreise in der Zeit von November 1931 bis April d. J. einzugestehen. Während der Haussuchung versuchte einer der Täter sich durch Trinken von Salzsäure das Leben zu nehmen. Ein sofort hinzugezogener Arzt wandte Gegenmittel an, so daß jede Lebensgefahr beseitigt werden konnte.

d Gdingen (Gdynia), 24. April. Ein internationaler Einbrecher wurde gestern von der hiesigen Polizei in der Person des Josef Winiarski festgenommen. Der Genannte hatte in Gdingen in kurzer Zeit bereits 6 Einbrüche verübt. — Einen Unglücksfall erlitt beim Bau des Quarantänelagers der Arbeiter Franz Switala von hier. Er fiel bei der Arbeit so unglücklich hin, daß er sich beide Beine brach. In hoffnungslosem Zustande brachte man ihn ins Krankenhaus. — Schwer bestohlen wurde der Beamte A. Orgelbrand, dem unbekannte Diebe schon zum dritten Male sämtliche Wäsche aus dem Trockenraum stahlen. Er erleidet einen Schaden von 600 Złoty. — Vom Zuge überfahren wurde gestern unweit der Station Kolibken der Arbeiter Franz Paschke aus Kl. Katz. Er wollte auf einen fahrenden Güterzug springen und kam hierbei unter die Räder. Der linke Fuß wurde gänzlich zerquetscht, außerdem erlitt er noch eine leichtere Gehirnerschütterung. — Beim Motorradfahren verunglückte auf der Chaussee nach Rheda der Ingenieur Staliński mit seiner Frau. Während der Genannte in voller Fahrt seinem Ziel zustrebte, brach plötzlich die Achse und das Gefährt überschlug sich. Staliński erlitt erhebliche Wunden am ganzen Körper, seine Frau brach ein Bein und trug eine schwere Gehirnerschütterung davon Die Verunglückten wurden von einem vorbeifahrenden Auto ins Krankenhaus gebracht.

ch. **Konitz** (Chojnice), 23. April. Wegen Meineids hatte sich der Fleischer und Fischer Anton Paisler aus Zempelburg vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Die Anklage legt dem P. zur Last, daß er in einem Prozeß wissentlich falsche Aussagen gemacht haben soll. P. hält auch jetzt an seinen früheren Aussagen fest und diese werden durch den Landwirt Lenz jetzt bestätigt. Paisler wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. — Auf dem heutigen Wochenmarkt, der gut besucht war, kostete Butter 1,40—1,60, Eier 1,00—1,20.

a **Schwetz** (Swiecie), 23. April. In der Nacht zum Sonntag vergangener Woche waren bei dem Pfarrer Burczyk in Jezewo hiesigen Kreises Diebe in den Keller und die Speisekammer eingedrungen und haben einen großen Posten Lebensmittel und andere Artikel mit sich gehen lassen. — Der heutige Wochenmarkt brachte eine reichliche Belieferung mit Butter. Der Preis schwankte zwischen 1,40—1,60 pro Pfund, für Eier zwischen 0,90—1,10 pro Mandel. — Bei dem Landwirt Leon Falkowski in Suchau hiesigen Kreises waren in einer Nacht der vorletzten Woche Diebe eingebrochen und haben dort einen Posten Garderobe, Wäsche und andere Gebrauchsartikel gestohlen. Die Spitzbuben warfen einen Teil der Wäsche in den Graben und einen Teil auf den Weg. — Vor einigen Tagen wurden dem Fischer Karl Minde in Christkowo mehrere große und kleine Fischernetze gestohlen.

w. **Soldau** (Działdowo), 23. April. Der am Mittwoch, den 20. d. M., in Heinrichsdorf (Płośnica) hiesigen Kreises stattgefundene Vieh-, Pferde- und Krammarkt war bei dem schönen Wetter gut besucht. Der Auftrieb von Vieh war groß. Die Preise für Vieh haben an diesem Markttage, da auch auswärtige Händler erschienen waren, gegen den letzthin stattgefundenen Viehmarkt eine 5—10 prozentige Preissteigerung gehabt. Man notierte folgende Preise: 1. Sorte gute Milchkühe 200—260 Złoty, 2. Sorte 150—190 Złoty, 3. Sorte 120—145 Złoty, 4. Sorte 80—110 Złoty, tragende Färsen 90—120 Złoty, Jungvieh 60—80 Złoty, je nach Qualität, Fettvieh 25—30 Złoty pro Zentner Lebendgewicht. Es wurden viele Umsätze getätigt. — Der Auftrieb von Pferden war gering. Es wurden nur in der Preislage von 80—150 Złoty einige Geschäfte abgeschlossen, während gutes Pferdematerial keinen Absatz fand. — In der vergangenen Woche wurde der lange Zeit gesuchte Einbrecher Konstantin Potomka auf der Bahnstation Heinrichsdorf mit seinem Komplizen durch einen Grenzbeamten festgenommen. Als der Beamte den anderen Dieb hielt und im Dorfe Hilfe suchte, trat Potomka in einem unbeobachteetn Augenblick zurück und gab drei Schüsse auf den Beamten ab. Er verletzte den Beamten am Fuß schwer und floh nach dem Grotker Walde. Am Sonnabend nachmittag wurde Potomka in Alt-Zielun (Kongreßpolen) bei einem Abbaubesitzer verhaftet. Er hatte sich dort im Dung versteckt.

x **Zempelburg** (Sępólno), 24. April. Ein längst gehegter Wunsch der Anlieger der Gartenstraße ist jetzt seitens der Stadtverwaltung durch die Pflasterung der Straße in Erfüllung gegangen. Besonders bei Regen- und Schneewetter war die Passage für die anliegenden Garten- und Feldbesitzer, besonders bei Abfuhr der Feldfrüchte stets mit Schwierigkeiten verbunden. — Dem Besitzer Artur Schulz-Zempelburg Abbau wurden vor einigen Tagen nachts 30 Hühner gestohlen. Die Nachforschungen nach den Dieben verliefen jedoch ergebnislos. — Auf dem letzten recht gut besuchten Wochenmarkte notierte man: Butter 1,30—1,40, Eier 0,70—0,80, Spinat 0,40, Eßkartoffeln 1,50—1,80, Pflanzkartoffeln 2,00. Auf dem Schweinemarkt machte sich ein Anziehen der Ferkelpreise bemerkbar, man forderte und zahlte 28—33 Złoty pro Paar. Der Handel verlief im allgemeinen flau.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

e. **Ciechocinek**, 24. April. Ein Großfeuer vernichtete das ganze Anwesen des Besitzers Jan Rawicki in Janowo. Der Schaden beträgt etwa 55 000 Złoty. — Im Dorfe Zosin brannte der Besitzer Prokop Marczewski ab. Ihm entstand ein Verlust von 1800 Złoty. — Etwa 17 000 Złoty Schaden erlitt der Landwirt Wojciech Kulpa in Nowy-Zbrachlin durch eine Feuersbrunst. Der Stall und die Scheune wurden dabei in Asche gelegt. In allen drei Fällen ist die Brandursache nicht bekannt. — Im Dorfe Gaj vergiftete sich der 26jährige Franciszek Lewandowski mit Karbolsäure.

* **Lublin**, 23. April. 77jähriger tötete sich — aus Liebeskummer. Im Dorfe Cielesnica (Woj. Lublin) verliebte sich der 77jährige wohlhabende Landwirt Oksanski in die 35jährige Witwe Wojcicka. Kurz vor der Hochzeit lernte die Wojcicka einen jungen Bauern kennen und löste ihre Beziehungen zu Oksanski. Der Greis nahm sich dies so zu Herzen, daß er Selbstmord beging, indem er sich die Kehle durchschnitt.

Das neue Gerichtskosten-Gesetz.

Das neue Gerichtskosten-Gesetz das mit dem 1. April dieses Jahres in Kraft getreten ist, bedeutet zunächst eine wesentliche Ermäßigung der Gerichtsgebühren, eine Maßregel, die, nachdem die Anwalts- und Notariatsgebühren bereits im Jahre 1927 herabgesetzt worden sind, seit langem fällig war. Das neue Gesetz bringt ferner gegenüber dem bisherigen Zustand verschiedene grundsätzliche Veränderungen, die zur Vermeidung von Rechtsnachteilen von dem rechtsuchenden Publikum genau beachtet werden müssen.

Die Gerichtsgebühren werden entgegen der bisherigen Praxis im Voraus erhoben, und zwar in der Weise, daß bei Einreichung des Zahlungsbefehls, der Klage, des Einspruchs gegen ein Versäumnisurteil die Gebühr zu entrichten ist, und zwar wenn sie 100 Złoty nicht übersteigt, in Gerichtsmarken, sonst in bar. Sind keine Gerichtsmarken erhältlich, kann immer in bar gezahlt werden. Die Höhe der Gebühr ist nach dem Wert des eingereichten Antrags abgestuft und kann hier nicht erschöpfend für alle Fälle angegeben werden; es können hier nur einige der wichtigsten Fälle angegeben werden, die für das Publikum, das sich bei den Burggerichten selbst vertritt, in Frage kommen.

Für die Klage wird die volle Gebühr erhoben. Diese beträgt 3 Prozent des Wertes des Streitgegenstandes, wobei jede angefangenen 100 Złoty voll gerechnet werden. Groschenbeträge werden durch 10 teilbar nach oben abgerundet. Die Mindestgebühr beträgt außerdem beim Burggericht 2 Złoty. Außer dieser Gebühr sind als Kanzleigebühr 10 Prozent der Gebühr (jedoch nicht weniger als 1 Złoty und nicht mehr als 50 Złoty) zu entrichten. Eine Klage auf Zahlung von 250 Złoty ist also z. B. mit 9 Złoty + 1 Złoty (Mindestsatz) = 10 Złoty Gerichtsmarken zu versehen. Beim Einspruch gegen ein Versäumnisurteil ist die Hälfte der Gebühr zu entrichten. Im obigen Falle also z. B. 4,50 + 1 = 5,50 Złoty.

Für den Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehls ist ⅕ der vollen Gebühr zu zahlen, für obigen Fall z. B. 2 Złoty (Mindestsatz) + 1 Złoty = 3 Złoty. Der Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl ist vollständig gebührenfrei. Enthält jedoch die Widerspruchsschrift gleichzeitig Ausführungen zur Sache, so ist eine Gebühr von 50 Groschen zu entrichten.

Für den Antrag auf Erlaß des Vollstreckungsbefehls ist ⅕ der vollen Gebühr zu zahlen, für den Einspruch gegen den Vollstreckungsbefehl ½ der Gebühr (nebst entsprechender Kanzleigebühr). Außerdem ist jeder Antrag, der nicht einer besonderen Gebühr unterliegt, beim Burggericht mit 50 Groschen zu verstempeln. Jede Anlage kostet ebenfalls 50 Groschen Stempel. Eine Ausnahme macht, wie schon erwähnt, der Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl; stempelfrei sind ferner die für Zustellung an die Gegenpartei bestimmten Abschriften.

Für gerichtliche Zustellungen wird eine besondere Gebühr in Höhe von 80 Groschen für jede Zustellung erhoben, die in besonderen „Zustellungsmarken" zu entrichten ist. Zur Vermeidung von Verzögerungen muß jede Partei, in deren Interesse eine Zustellung erfolgen soll, die dafür notwendige Gebühr gleich entrichten. Bei Einreichung einer Klage oder des Antrags auf Erlaß eines Zahlungsbefehls wären also neben den Gerichtsmarken soviel Zustellungsmarken auf den Antrag zu kleben, wie Zustellungen notwendig sind, also z. B. im Falle der Klage, da die Zustellung der Terminsnachricht an Kläger und Beklagten erfolgen muß, zwei Marken. Sind mehrere Kläger oder Beklagte vorhanden, natürlich entsprechend mehr.

Die Marken dürfen nicht entwertet werden. Wenn eine Partei die notwendige Gebühr nicht gleich im Voraus entrichtet, hat sie zunächst — außer einer Verzögerung — keinen Rechtsnachteil. Die Partei wird vom Gericht aufgefordert, die Gebühr binnen einer Woche, gerechnet von der Zustellung der Aufforderung, zu zahlen. Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Gebühr vor Ablauf der Frist auf der Post oder auf das PKO-Konto des Gerichts eingezahlt wird.

Erfolgt die Einzahlung nicht fristgemäß, so hat dies die Folge, daß das betreffende Schriftstück zurückgereicht wird. Handelt es sich dabei um ein fristgemäß einzulegendes Rechtsmittel, z. B. den Einspruch gegen ein Versäumnisurteil, so bedeutet das gleichzeitig den Verlust des Rechtsmittels. Ebenso kann bei einer Klage oder einem Zahlungsbefehl, der zur Unterbrechung der Verjährung kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist eingereicht wird, die Zurücksendung den Eintritt der Verjährung herbeiführen.

Im ganzen genommen wird die Neuordnung der Gebühren, sobald einmal die notwendige Umstellung erfolgt ist, eine Erleichterung für die Rechtsuchenden bedeuten. Abgesehen von der bereits eingangs erwähnten erheblichen Senkung der Gebühren, liegt die Erleichterung vor allem darin, daß die Höhe der für ein Verfahren insgesamt zu entrichtenden Gebühren sich jetzt von vornherein leicht übersehen läßt, da außer der im Voraus zu entrichtenden Gebühr bzw. des entsprechenden Teils derselben keine weiteren Gebühren berechnet werden, mit Ausnahme der tatsächlichen Auslagen des Gerichts für Zeugen und Sachverständige usw. Durch die neue Ordnung der Gerichtskosten unberührt bleibt selbstverständlich die Vorschrift der Zivilprozeßordnung, daß die unterliegende Partei dem Gegner die Kosten, also auch die gezahlten Gerichtskosten zurückzuerstatten hat.

Eine Erschwerung gegenüber dem bisherigen Zustand ist natürlich die Notwendigkeit, die Kosten im Voraus zu begleichen. Diese Maßnahmen dürften auf fiskalische Rücksichten zurückzuführen sein. Deutschland hat im übrigen seit Jahren eine ähnliche Form der Gerichtskostenerhebung. Es dürfte auch wohl richtig sein, daß — wie zur Begründung des Gesetzes angegeben wird — die Entlastung der Gerichtssekretariate von der mit der Kosteneintreibung verknüpften erheblichen Arbeit zur Beschleunigung der gerichtlichen Tätigkeit beitragen wird.

Kleine Rundschau.

Eine Expedition Menschenfressern in die Hände gefallen.

Buenos Aires, 22. April. (PAT.) Wie aus Guayaquil (Ecuador) gemeldet wird, hat der Indianerstamm der Gibaros, unter denen sich Menschenfresser befinden, einige Mitglieder der „Latin American Expedition" ermordet und die Leichen der Ermordeten verzehrt.

Die Mandschurei soll ein Paradies werden

„Weder der Völkerbund, noch Sowjetrußland, noch irgendjemand sonst kann Japan von seiner Politik in der Mandschurei abbringen", erklärte der japanische Kriegsminister und Führer der japanischen Nationalisten General Araki in einer Versammlung in Osaka. Araki bezeichnete es als die Mission Japans, die Mandschurei zu einem Paradiese auf Erden und zu einem Ort der Sicherheit für jedermann zu machen.

General Araki ist der geistige Führer der nationalistischen Bewegung in Japan, die namentlich in der Armee, besonders bei den jüngeren Offizieren, einen starken Rückhalt hat. Diese Bewegung ist der Träger des japanischen Imperialismus, der seit Jahren bestrebt ist, die Herrschaft Japans auf den asiatischen Kontinent auszudehnen.

Neues von Kreuger.

Stockholm, 24. April. Die Zeitung „Nya Dagligt Allehanda" erklärt, daß Ivar Kreuger schon am 11. März, also am Tage vor seinem Selbstmord, fast entlarvt worden wäre. An diesem Tage fand eine Sitzung mit verschiedenen nach Paris berufenen Mitarbeitern Kreugers statt, und einer dieser Herren verlangte Aufklärung von Kreuger über eine für ihn sehr unangenehme Frage. Kreuger stand, ohne ein Wort zu äußern, auf und entfernte sich, die Tür hinter sich zuschlagend. Nach einigen Stunden erschien er wieder und erklärte, daß er am folgenden Tage die Frage beantworten wolle. Die Beantwortung erfolgte auch, aber in einer Form, die die Konferenzteilnehmer nicht geahnt hatten. Einer der Beteiligten, der Ingenieur Littorin, teilte auf Anfrage mit, daß er sich zu dieser Sache nicht äußern könne.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

P. G. in Działdowo. Durch § 7 der Verordnung vom 30. Juli 1931 sind die Stellen, an denen der Detailverkauf alkoholischer Getränke gestattet ist, für die einzelnen Wojewodschaften kontingentiert worden. Für Pommerellen beträgt das Kontingent 1450 Stellen. Bis zum 1. Juli 1932 muß die Zahl der Stellen der Vorschrift des erwähnten § 7 a. a. O. angepaßt werden. Wenn die Zahl der Stellen erreicht ist, werden keine Konzessionen mehr erteilt. Es ist wahrscheinlich, daß die Ablehnung der von Ihnen bezeichneten Konzessionsanträge darauf zurückzuführen ist.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 27. April.

Königswusterhausen.

06.50 ca.: Von Berlin: **Konzert.** 09.00: **Berliner Schulfunk.** Freiballonführer Rob. Petschow: Meine 360. Ballonfahrt von Bitterfeld nach Berlin mit Ziellandung in Reinickendorf. 09.35: Schriftsteller Jos. Buchhorn: Nicht ermatten! Wollen und wagen! 10.10: Von Hamburg: **Schulfunk.** 12.00: **Wetter.** Anschl.: **Konzert** (Schallplatten). 14.00: **Von Berlin: Konzert.** 15.00: Jugendstunde. Johannes von Kunowski: Stadtwappen erzählen Geschichten der Heimat. 15.45: Frauenstunde: Obstbau-Lehrgänge und Beratung der Landfrauen zur Verbesserung des Absatzes. 16.00: Pädagogischer Funk. Ruth von der Leyen: Die Heilpädagogik und ihre praktische Bedeutung für die Normalpädagogik. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Praktische Siedlungsfragen. Staatssekretär Dr. Krüger: Die wirtschaftliche Bedeutung der Siedlung für den deutschen Osten. 18.00: Musik und Rasse (Einführung: Dr. Guido Waldmann; am Flügel: Lili Kroeber-Asche). 18.30: Hochschulfunk. Prof. Kurt Krause: Pflanzengesellschaften unserer Heimat. 18.55: Wetter. 19.30: Von Berlin: **Tanz-Abend.** 21.00: Von Berlin: Tages- und Sportnachrichten (I). 21.10: Von Breslau: **Schlesischer Kalender.** 22.10: Wetter, Nachrichten, Sport (II). 22.30—00.30: Von Hamburg: Konzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: **Morgenkonzert.** 10.15—10.40: **Schulfunk: Aktuelle Stunde.** 11.35: Von Leipzig: **Konzert.** 13.05: **Unterhaltungskonzert.** 16.00: Elternstunde. 16.30: Von Gleiwitz: Unterhaltungskonzert. 17.00: Das Buch des Tages. 17.15: Von Gleiwitz: Löns-Lieder von Paul Graener. Albert Gaertner, Tenor; am Flügel; Franz Kauf. 17.45: Von Gleiwitz: Das Jugendherbergswerk in Oberschlesien. 18.00: Von Gleiwitz: Bildhauer Peter Lipp: Form und Werkstoff. 18.30: Von Gleiwitz: Akkordarbeit in der Industrie. 18.55: Von Gleiwitz: Wetter für die Landwirtschaft. 19.10: Von Berlin: **Tanz-Abend.** 21.00: Abendberichte (I). 21.10: **Schlesischer Kalender.** Was die Dorflinde erzählt. Eine Hörfolge aus Schlesien. 22.40—24.00: Tanz- und Unterhaltungsmusik.

Königsberg-Danzig.

07.00: Konzert (Schallplatten). 10.15: **Schulfunkstunde.** Eine Gemeindevertreter-Versammlung beim Gemeindevorsteher. 11.40: Von Leipzig: Konzert. 13.05: Konzert. 15.25: Praktische Winke und Erfahrungsaustausch von einer Hausfrau. 15.35: Kinderfunk. 16.05: Elternstunde. Lehrer Olinski: Wie lernen unsere Kleinen fröhlich lesen? 16.30: Von Hamburg: Bordkonzert. 17.30: Bücherstunde. 18.00: Königsberg: Schallplatten, über die Sie lachen. 18.30: Referendar Hans Joachim Perk: Aus der Geschichte des deutschen Ermlandes. 19.00: Mandolinen- und Guitarren-Vereinigung Kahrau. 19.30: Von Danzig: Lieder von Werner Goebel. Max Begemann, Bariton. Flügel: Der Komponist. 20.05: Aus dem Landestheater Südostpreußen: „**Die Gärtnerin aus Liebe**", komische Oper in 3 Akten von W. A. Mozart. 22.00 ca.: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschl. bis 24.00: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Warschau.

12.10—13.20: Schallplatten: 13.35—13.55: Schallplatten. 16.40: Schallplatten. 17.35: Konzert. 19.35: Schallplatten. 20.00: Konzert des Orch. Wolga (Orch., Chor, Tenor und Bariton). 21.10: **Lieder und Arien** (Sängerin Polinska-Lewicka). 21.40: **Violinvortrag. Henri Marteau.** Am Klavier: Urstein. 23.00—24.00: Tanzmusik.

Die Botschaft des Kardinals.

Der Primas von Polen für eine Verständigung mit den Deutschen.

Am Anfang dieses Monats hat der Kardinal-Erzbischof von Gnesen, der Primas von Polen, Dr. Hlond, einem Besucher aus Wien eine Unterredung gewährt, in der er sich für den Gedanken einer deutsch-polnischen Verständigung aussprach. Wir haben einen kurzen Auszug aus dieser Unterredung, die in der christlich-sozialen „Reichspost" in Wien veröffentlicht wurde, bereits in Nr. 81 der „Deutschen Rundschau" vom 9. d. M. gebracht und dazu in wenigen Sätzen, soweit uns das opportun erschien, Stellung genommen. Jetzt liegt uns die Niederschrift dieser Unterredung im Wortlaut vor, den wir unseren Lesern mit Rücksicht auf die hohe Stellung, die der Primas von Polen gerade auch in der Politik unseres Landes einzunehmen pflegt, nicht vorenthalten möchten. Es ist übrigens bezeichnend, daß die polnische Presse die Friedensgedanken des höchsten katholischen Geistlichen der Nation kaum erwähnt, geschweige denn besprochen hat.

Das Zwiegspräch, dessen zweiter Sprecher anonym bleibt, nahm nach der Wiener „Reichspost" folgenden Verlauf:

Kardinal Hlond: Sie kommen aus Wien. Lassen Sie mich zunächst nach der Stadt fragen, in der ich so schöne Zeiten verbracht habe und an die ich noch heute nicht ohne herzliche Liebe denken kann. Leiden Sie in Österreich auch so sehr unter dem Druck dieser furchtbaren Katastrophe, die über die Welt hereingebrochen ist? Haben sich die Wiener mit Gelassenheit und mit Würde in das geistige und leibliche Elend gefunden? Ich stelle das geistige Elend voran, denn der Mensch lebt nicht vom Brote allein, ja er lebt zuvörderst von edlerer Nahrung. Das Brot, und wäre es mit den erlesensten Leckerbissen geziert, läßt ihn nur vegetieren . . . Wie erträgt der Wiener die Zerstörung einer Kultur, einer Lebensform, an der nicht alles so schlecht war, wie es die Lobredner jeder Zukunft, die Verlästerer jeder Vergangenheit wollen? Wie erträgt die Stadt Hofbauers, Vogelsangs, Luegers den Ansturm der Flut des Hasses, der sie umbrandet?

Der Besucher: Eminenz wissen, daß der Wiener über eine zweischneidige Waffe verfügt, die ihm von früheren sorglosen Generationen überkommen ist. Er nimmt nichts zu tragisch. Der Fanatismus hat hier keine Heimat. Haß und Roheit sind stets nur von außen her nach Österreich importiert worden. Man klagt, man jammert, doch man trägt im Grunde tapfer das unverdiente Los; man trauert der besseren Vergangenheit nach, hofft auf eine bessere Zukunft und richtet sich doch in der Gegenwart ein, so gut es eben gelingt. Wien, Österreich ist kein Boden für extreme Bewegungen. Wenn's manchmal anders scheint, dann täuscht das Gezänke von ein paar ehrgeizigen Intellektuellen; wenn's je anders wird, dann hat sich die Verzweiflung Bahn gebrochen. Leider haben es offenbar einige Kreise darauf abgesehen, Österreich zur Verzweiflung zu bringen.

Kardinal Hlond: Das will ich nicht hoffen. Österreich ist auch heute noch eine kulturelle Großmacht und es ist ein politischer Mittelpunkt, der seine große Aufgabe in Europa zu erfüllen hat. Es hat die hohe Mission, der geistige Umschlagplatz zwischen den Kulturen zu sein, es kann auch sonst als Vermittler und Ausgleicher wirken. Wir in Polen sind in anderer Lage. Wir stehen auf dem gefährlichsten Vorposten. Wie vor Jahrhunderten sind wir die Vormauer Europas gegen asiatische Barbarei, der Schutz des christlichen Abendlandes vor den Mächten der Zerstörung. Wir bauen unseren Staat, unsere Kultur: in der einen Hand das Schwert, in der anderen das Gerät. Es ist im Grunde nicht anders als vor einem Vierteljahrtausend, als wir den türkischen Angriff aufzuhalten hatten. Da hat sich das Los Europas vor Wien entschieden. Polen und Österreicher, Polen und Deutsche haben damals gemeinsam gefochten und gemeinsam gesiegt.

Der Besucher: Man vergißt zu oft, daß es entscheidende Augenblicke gegeben hat, in denen die europäischen Nationen sich vor der ärgsten Gefahr zusammengefunden haben, Augenblicke, in denen auch Polen und Deutsche eines Sinnes waren. Ich glaube, es ist wieder eine Zeitenwende nahe, in der die politischen und die nationalen Gegensätze verschwinden sollten, neben dem, was alle christlichen Völker des Abendlandes eint.

Kardinal Hlond: Sie haben recht. Was sind alle unsere Zwistigkeiten — Familienzwistigkeiten, die vor dem gemeinsamen tödlichen Feind verstummen sollten — gegen den großen Konflikt, der sich vor unser aller Augen vorbereitet und zum Teil schon abspielt; den doch so viele, sehend und blind zugleich, nicht erkennen wollen. Es ist ein ungeheurer Frevel, in diesen Schicksalstagen, Schicksalsjahren den nationalen Haß zu schüren oder mit pharisäischer Selbstgerechtigkeit diesen Haß zwar zu beklagen, doch nichts gegen ihn zu tun. Ich mische mich nicht in die Tagespolitik, soweit sie nicht mein Amt als Seelenhirt berührt. Dort aber, wo ich die Grundlagen der christlichen Gesittung bedroht sehe, es sei im Innern meines Landes oder überhaupt im Leben der Nationen, habe ich das Recht und die Pflicht zu sprechen. So rufe ich es auch jetzt vernehmlich hinaus: der nationale und der soziale Haß sind eine verderbliche Pest und die, die diesen doppelten Haß schüren, sind Schädlinge, Verbrecher.

Der Besucher: Eminenz werden mit diesen Worten den Beifall der gesamten Öffentlichkeit finden. Indessen, wie man auf Konkretes stößt, beschuldigt jeder, indem er seine eigene friedliche Gesinnung beteuert, den anderen, angefangen zu haben, der Störer, der Nutznießer des Hasses zu sein.

Kardinal Hlond: Ja, die Völker sind wie die Kinder. Ich muß hinzufügen, wie die „Schrecklichen Kinder" in der ausgezeichneten dramatischen Allegorie unseres Dichters Karol Hubert Rostworowski. Schreckliche Kinder! Sie versichern immer wieder, es läge soviel zwischen ihnen und den anderen, den Bösen, den Schlimmen, daß man gar nie wieder gut miteinander werden könne. Man sollte die hadernden Kinder zur Ruhe verweisen und dem tragikomischen Kindergezänk ein Ende machen. Was trennt Polen und Deutsche? Ich will nicht auf die eigentliche Politik zu reden kommen. Sie ist, wie gesagt, nicht meines Amtes. Doch sagen Sie selbst, gibt es zwischen Polen und Deutschen etwas, das diese Flammenmauer des Hasses rechtfertigte, die sich zwischen zwei christlichen Nationen hinabgesenkt hat, die sich vertragen und verstehen sollten?

Der Besucher: Die territorialen Fragen, die durch den Frieden von Versailles . . .

Kardinal Hlond: Ich weiß das wohl, sprechen wir nicht davon. Sie kennen die polnische Anschauung und Sie kennen die deutsche Anschauung ebenso gut wie ich. Und trotzdem sehe ich in dieser Verschiedenheit der Meinungen über die Gerechtigkeit und über die Notwendigkeit der heutigen Grenzen keine genügende Ursache, um sich in gegenseitigem Haß zu verzehren. Ich glaube weiter, daß ungeachtet dieser politischen Streitfragen eine polnisch-deutsche Zusammenarbeit in anderen als den umkämpften Problemen durchaus wünschenswert, ja notwendig ist. Kommt es nicht im Leben des einzelnen oft genug vor, daß man über dieses Ding sich zankt und doch über jenes eines Sinnes ist? Ich unterschätze die Schwere der Gegensätze nicht. Allein ich muß Ihnen gestehen: vor der gebieterischen Notwendigkeit, die christliche Kultur gegen den konzentrischen Ansturm ihrer Widersacher zu verteidigen, ist selbst dieser schwere Konflikt ein nebensächlicher. Und dann: in welchen Formen wird er ausgefochten! Der Pole achtet auch den Gegner, er nimmt es ihm nicht übel, wenn dieser sich zähe verteidigt. Nur eines vertragen wir nicht, daß man uns mit vergifteten Waffen bekämpft. Daß man uns als Friedensstörer hinstellt, als Bedrücker, als Barbaren; daß man die in weiten Kreisen des Westens und Mitteleuropas herrschende Unkenntnis über unser Land, über unsere Kultur dazu benutzt, um ein gehässiges Zerrbild zu zeichnen und dann auszurufen: Das ist Polen!

Der Besucher: Allerdings, man begegnet mitunter absonderlichen Kampfesmethoden. So versicherte mir erst wenige Tage vor meiner Abreise von Wien ein Bibliotheksbeamter von nicht gewöhnlicher Intelligenz, er wisse genau, Eminenz hätten ein Gebet approbiert, das um die Unfruchtbarkeit der deutschen Frauen flehe. Ich vermochte den guten Mann nicht zu überzeugen, daß er das Opfer einer blödsinnigen Verleumdung geworden sei. Er schwor auf die Richtigkeit seiner Information. Dabei gestand er mir, daß er sie einem sozialistischen Blatte entnommen habe. Ähnlichen Räubergeschichten, wie man in Wien sagt, begegnet man nur zu oft in der Presse. Doch man klagt auch deutscherseits . . .

Kardinal Hlond: „Peccatur intra et extra". Es gibt überall Fanatiker, die über die Stränge hauen und es gibt leider überall, zu allen Zeiten Leute, deren Geschäft der Hader ist, oder denen der Hader zum Geschäft wird. Doch nicht darauf kommt es an, sondern auf die Gesinnung, auf das Verhalten der maßgebenden Kreise und auf die Gesinnung, auf das Verhalten der Öffentlichkeit, der Mehrheit, der breiten Massen. Haben Sie da etwa in Polen unchristlichen Haß gegen Deutschland bemerkt? Oder gar Haß von Volk zu Volk? Ich glaube, die Mehrheit der Schweizer, fast alle Österreicher sind deutscher Zunge, gehören zu deutschen Sprachnationen. Hat je ein Deutscher, ein Österreicher, ein Deutschschweizer sich über unfreundliche Aufnahme in Polen zu beklagen gehabt? Im alten Österreich haben sich Polen und Deutsche gut vertragen. Ich darf das wohl behaupten, denn ich habe lange genug in Wien gelebt. Freilich ist dieses gute Einvernehmen erst seit der Zeit möglich gewesen, da die Nationen gleichberechtigt nebeneinander standen. Vordem, als man die nichtdeutschen Völker zu entnationalisieren strebte, war es anders. So wie im alten Österreich, das ein Europa im kleinen bildete, ist's im heutigen großen Europa. Es bedarf nur des Willens zum gleichberechtigten Nebeneinandersein, um die Harmonie zu verbürgen. Wir Polen haben einen einzigen Herzenswunsch, der alles andere übertönt: den Frieden. Den Frieden mit allen und jedem, den Frieden nach außen, den Frieden im Innern. Wir haben diesen Wunsch nicht nur, weil er uns von unserem christlichen Gewissen diktiert wird, sondern auch im wohlverstandenen Interesse unseres Staates, der der Ruhe bedarf, um die Wunden einer schmerzlichen Vergangenheit zu heilen. Wenn man diese friedliche Gesinnung bezweifelt, wenn man uns der kriegerischen Absichten beschuldigt oder sich über unsern angeblichen Militarismus entrüstet, dann denke ich an den französischen Kindervers: „Cet animal est bien méchant, quand on l'attaque il se défend". Möchte man doch an diese unsere friedliche Gesinnung glauben und uns näher kennenlernen. Ich richte diesen Appell zunächst an unsere katholischen Glaubensgenossen, ich richte ihn nicht minder an alle, die eines guten Willens sind, welchem Bekenntnis, welcher Partei sie auch angehören.

Der Besucher: Wenden Sie sich mit dieser Mahnung auch an die Deutschen, die grundsätzlich polenfeindlich sind? Nicht etwa nur an die Pazifisten?

Kardinal Hlond: Meine Worte sind an alle Deutschen und sie sind an jedermann in der ganzen Welt gerichtet, der hören kann und hören will. Es wäre verfehlt, nur an gewisse Parteien zu denken, oder etwa gar die Verständigung zum Privileg von Leuten zu machen, denen der Frieden einzig deswegen teuer ist, weil sie den Krieg fürchten, weil sie Opfer scheuen, weil sie an den Lebensfragen ihrer Nation nicht innerlich beteiligt sind. Ich will politische Gegensätze nicht hinwegdeuteln. Sie sind da, sie sind im tragischer Wirklichkeit vorhanden. Gott gebe es, daß sie ohne blutigen Konflikt zu bereinigen seien. Wir wollen alle dazu beitragen, daß der Friede gewahrt bleibe. Doch es handelt sich zunächst nicht darum. Ich möchte an Freunde und Gegner die Mahnung richten, nicht das Trennende in den Vordergrund zu stellen; die Mahnung, vom andern nicht stets das Schlechteste zu denken und sich der hohen Güter zu erinnern, die wir alle gemeinsam zu beschirmen haben: der abendländischen Kultur, als kostbares Erbe der Vergangenheit, als der Mutter unserer nationalen Kulturen und vor allem unserer christlichen Religion, unserer christlichen Sittlichkeit und Denkweise, die uns die getrennt marschierenden, vereint schlagenden Feinde sowohl der abendländischen Kultur als auch der christlichen Religion rauben wollen. Es gibt so viele Internationalen, die durch gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen zusammengehalten werden. Warum läßt man die katholische Internationale nicht zur Geltung kommen, die unbeschadet der Treue jedes ihrer Mitglieder zu Staat und Nation das gemeinsame christliche Erbe hütet? Eine Internationale wie diese braucht keine besonderen Bureaus und keine besonderen Funktionäre. Sie hat bereits ihr organisatorisches Gebilde; sie beruht auf der Einmütigkeit der Weltanschauung und auf der im täglichen, wie im politischen Leben betätigten christlichen Überzeugung. Ich kann es mir wohl vorstellen, daß ein Pole und ein Deutscher edler nationaler Gesinnung hier nebeneinander ihren Platz hätten.

Der Besucher: Halten Eminenz den Zeitpunkt für geeignet, gerade jetzt diese Ideen zu verfechten? Einige, die es wissen müssen und die es jedenfalls wissen sollen, haben mir dringend davon abgeraten, Utopien über das deutsch-polnische Verhältnis nachzujagen. Eminenz kennen das Schicksal meiner Bemühungen, nationale deutsche Kreise mit nationalen polnischen Kreisen zusammenzubringen. Überall grundsätzliche Geneigtheit, überall die Angst vor dem ersten Schritt, vor dem Sichetwasvergeben. Die lange Liste der Rekriminationen und . . .

Kardinal Hlond: Da sind wir schon wieder mitten in der Politik und ich sagte Ihnen, das ist nicht mein Feld. Zu beurteilen, was in der Politik zeitgemäß scheint, sei denen überlassen, die beruflich mit dieser Frage beschäftigt sind. Ich weiß nur, daß es immer Zeit ist, ein Werk der christlichen Versöhnung zu beginnen, daß es immer Zeit ist, zur Besinnung einzuladen, daß es immer Zeit ist, um die Einigung der christlichen Völker nicht nur zu beten, sondern auch sich tatkräftig zu bemühen. Ich weiß, daß uns der gemeinsame Feind, der Feind von außen und der innere Feind, den jede europäische Nation heute im Lande hat, keine Frist läßt. Die Neunmalweisen, die mit falschen Prestigerücksichten auffahren, die Scheinheiligen, die sich auf Opportunitätsgründe berufen und die eigentlich nur das Friedenswerk hemmen möchten, die Formalisten und die Bureaukraten des organisierten Völkerhasses sollten schweigen, wenn die geistlichen Hirten ihre Stimme erheben. Es gehört heute vielleicht mehr Mut dazu, kein Bramarbas zu sein, als den gefährlichen Phrasen zu huldigen, die mitunter mehr Schaden anstiften, die mitunter mehr Erbitterung zwischen den Nationen erregen als ritterlich ausgekämpfte und hernach vergessene Konflikte. Nur keine falschen Sentiments und keine Sentimentalität! Gegensätze zwischen Staaten und Völkern lassen sich nicht zerreden, sie lassen sich durch keine pazifistische Ideologie, die auf rein materialistischen Erwägungen begründet ist, aus der Welt schaffen. Sie verschwinden nicht vor der Bereitwilligkeit von Leuten, die selbst kein Vaterland und kein Nationalgefühl haben, großmütig im Namen ihrer Sprachgenossen auf alles zu verzichten. Gegensätze sind vorhanden und sie sollen durch die dazu berufenen Polititker ausgeglichen, überbrückt werden. Doch zum niedrigen Haß zwischen den Völkern, zur wechselseitigen Verpestung der Luft durch die albernsten Verleumdungen, ist nirgends und nimmer die Notwendigkeit oder auch nur die Berechtigung gegeben.

Der Besucher: Kann ich die temperamentvollen Sätze Eurer Eminenz auch anderen gegenüber wiederholen?

Kardinal Hlond: Soviel Sie wollen, wem Sie wollen, wann Sie es wollen und wo Sie es wollen. Was ich da betone, ist stets und überall der Standpunkt der Kirche gewesen! Sie hat sich in gleicher Weise vom überreizten Nationalismus wie vom öligen Internationalismus ferngehalten. Meine Worte gelten nicht nur für das Verhältnis von Polen und Deutschen; sie haben für alle Fälle Geltung, wo zwischen christlichen Nationen Unstimmigkeiten herrschen.

*

Der Kardinal hat ausgezeichnete Worte gesprochen, er ist ein kluger und hochbedeutender Kirchenfürst. Schon früher haben wir versichert, daß seine Worte auf der deutschen Seite nicht ungehört verhallen werden. Mit einer Einschränkung allerdings, die wir in aller Bescheidenheit vermerken möchten: es ist auffallend, daß der Primas von Polen die besondere Friedensliebe seines Volkes betont und ihr eine deutsche Gehässigkeit gegenüberstellt. Wer wie wir Gelegenheit hat, täglich die maßgeblichen polnischen und reichsdeutschen Tageszeitungen zu verfolgen, wird diesem Urteil nicht ganz beipflichten können, und dabei wäre eine Erbitterung auf deutscher Seite nach den großen Gebietsverlusten und nach der Verdrängung der Hunderttausende wohl verständlich. Während der polnische Haß zwar auch seine psychologischen Hintergründe hat, die aber historisch länger zurückliegen und entsprechend der zeitlichen Entfernung stimmungsmäßig wesentlich übersteigert sind. Wir können an dieser Stelle an den bekannten Reden des Bischofs Laubitz in Gnesen und des jetzigen Dompropstes Klos in Posen nicht schweigend vorübergehen. Von einem hohen deutschen Geistlichen sind solche Worte gegenüber dem polnischen Volk niemals gesprochen worden, wie sie damals laut geworden sind. Aber das ist richtig: Wir glauben nicht, daß die breiten Massen des Polentums den täglich geschürten Haß gegen uns Deutsche teilen, wenn sie von einer bedauerlichen Propaganda nicht immer wieder erfaßt werden. Es ist sehr wichtig, daß Herr Kardinal betont, wie sehr es für den Völkerfrieden auf die Einstellung der maßgebenden Faktoren ankommt er hat damit jenen polnischen Kultusminister auch meinen müssen, der sich offen zur Entdeutschungspolitik bekannte und jenen früheren Ministerpräsidenten, der in Posen seine uns aufrichtig betrübende Entdeutschungsrede hielt. Möchte die Mahnung des Primas von Polen, die nicht nur an das deutsche Volk, sondern, — wie er ausdrücklich betont, — auch an das eigene Volk gerichtet ist, ein nachhaltiges Echo bei allen maßgebenden Männern finden, die unser Land regieren. Daß gerade das deutsche Volk wohl imstande ist, die polnische Nation zu achten und ihre Bestrebungen im Sinne einer gut nachbarlichen Verständigung zu unterstützen, ist durch das Verhalten der Zentralmächte im Weltkriege ebenso bewiesen wie durch das laute Echo, das die Freiheitsbewegung der polnischen Nation in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts weithin in deutschen Landen gefunden hat. Kein Geringerer als Adam Mickiewicz hat das öffentlich bekannt. Wenn jetzt in einer Epoche, die dem deutschen Volk schwere Leiden und Verluste auferlegte, auch der Pole für seinen westlichen Nachbarn ein ähnliches Verständnis aufbringen möchte (das wir leider so wenig bemerken), dann würde das Ziel nicht mehr weit sein, für das der Primas von Polen in so beredter Weise eingetreten ist. Daß beide Völker im Herzen Mitteleuropas friedlich nebeneinander leben, um den gemeinsamen Feind der Christenheit und der abendländischen Kultur von ihren Herden fernzuhalten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Weshalb Polen keine Anleihen erhält.

Mit diesem Thema beschäftigt sich die Lodzer „Prawda". Nachdem das Blatt auseinandergesetzt hat, daß die Französische Regierung sich keine Sorgen darüber macht, wie in Polen regiert wird, schreibt es weiter:

„Ganz anders verhält es sich mit den Anleihen, die auf dem französischen privaten Geldmarkt aufgenommen werden. Zurzeit verhält sich dieser Geldmarkt gegenüber allen Auslandsanträgen auf Gewährung von Darlehen äußerst reserviert. Seit langem ist eine größere Auslandsanleihe in Frankreich nicht placiert worden. Unter den zahlreichen Kandidaten steht Polen auf dem Privatgeldmarkt in Frankreich mit Rücksicht auf seine Kreditqualifikationen nicht zum Besten da. In den Augen des französischen Rentners lassen die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen zu viel zu wünschen übrig. Sie sind zu wenig stabilisiert, und zu oft kommen plötzliche radikale Änderungen vor. Die Abänderung des einen oder des anderen Statuts, die Einführung der staatlichen Kontrolle in irgend einem Zweige der Industrie, die Abänderung der Ausführungsbedingungen, die schon als Verpflichtungen festgelegt worden sind, — das alles erfolgt bei uns mit erstaunlicher Leichtigkeit. Die Papiere gewisser Staaten und darunter die polnischen Papiere beurteilt man danach, wer zu der gegebenen Zeit in diesen Staaten regiert und welche Politik er führt. Der Kurs dieser Papiere ist nicht abhängig von der Zahlungsfähigkeit und auch nicht von den wirtschaftlichen Aussichten, sondern ausschließlich von der politischen Lage.

Wenn die Firma Schneider erklärt, daß sie eine neue Emission der polnischen Eisenbahn-Anleihe angesichts des schlechten Kurses der ersten Emission nicht riskieren könne, so sagt sie die Wahrheit. Es wäre richtig, wenn man aus dieser Erklärung die richtigen Konsequenzen ziehen würde, d. h., wenn man etwas tun würde, um den Kurs dieser Obligationen zu verbessern. Es scheint indessen, daß man gerade das Umgekehrte getan hat, was jedenfalls für den französischen Rentner unverständlich ist. In seinen Augen ist die Einführung einer staatlichen Zwangswirtschaft in der Kohlenindustrie nicht das beste Mittel, die Rentabilität der Kohlen-Magistrale zu sichern. In England hat man jahrelang mit der Frage der Organisation der Kohlenindustrie gekämpft. Hohe Kommissionen grübelten darüber nach und kamen zu dem Ergebnis, daß das keine einfache Frage wäre, und daß man sie nicht übers Knie brechen dürfte. Selbst der große und scharfe Streik, so groß wie ihn die Geschichte nicht kennt, hat keine Entscheidungen und keine Anordnungen gebracht, die mit den Traditionen des kapitalistischen Systems im Widerspruch gestanden hätten. Bei uns hat man die Organisation der Kohlenindustrie blitzschnell erledigt. Nur, daß die erstaunliche Geschicklichkeit mehr Unruhe als Anerkennung weckt . . ."

Arreste auf polnische Kapitalien in Schweizer Franken.

Der im allgemeinen gut informierte „Nasz Przegląd" berichtet, daß in den letzten Monaten auf polnische Einlagen bei Schweizer Banken mehrfach Arrest gelegt wurde. Diese Arreste stammen nicht nur von seiten privater Gläubiger, sondern auch von amtlichen Stellen für Steuerforderungen usw. Einige der Schweizer Banken haben die Arreste nicht akzeptiert oder Informationen über Einlagen fremder Staatsangehöriger abgelehnt. Mit der Frage der Auskunftspflicht der Schweizer Banken hat sich nunmehr das Oberste Schweizer Gericht beschäftigt und dahingehend entschieden, daß die Banken verpflichtet sind, amlichen Personen Auskünfte über Guthaben polnischer Staatsangehöriger zu erteilen.

Neuorganisierung der Naphthaindustrie.

o. Im Handelsministerium fand am letzten Montag unter Leitung des Handelsministers Zarzycki und unter Beteiligung zahlreicher anderer Regierungsmitglieder sowie Vertreter der Naphthaindustrie eine Sitzung statt, die der Frage einer Neuorganisierung der Naphthaindustrie gewidmet war. Hinsichtlich des kürzlich von der Regierung erlassenen Gesetzes über die Neuregelung der Verhältnisse in der Naphthaindustrie hob Handelsminister Zarzycki hervor, daß dieses Gesetz nichts mit etatistischen oder monopolistischen Tendenzen der Regierung gemein habe, diese Tendenzen im übrigen überhaupt nicht beständen(?). Die Regierung erwarte nur, daß die Naphthaindustrie von selbst eine eigene Organisation schaffe, was aber bisher noch nicht geschehen sei. Deshalb müsse sich die Regierung dazu ermächtigen lassen, eine zwangsweise Regelung der Organisation der Naphthaindustrie vornehmen zu können. Von diesem ihr durch den Sejm bereits zugestandenen Recht gedenke die Regierung aber nur in dem Falle Gebrauch zu machen, wenn es unbedingt notwendig sei, wobei sie hoffe, daß die Naphthaindustrie gutwillig eine solche Organisation begründen würde.

Der Departementsdirektor für Berg- und Hüttenbauwesen im Handelsministerium Czesław Peche ging auf die große Rolle ein, die die Regelung der Organisationsfrage in der Naphthaindustrie für die gesamte polnische Volkswirtschaft habe. Außerdem gab er ein Bild über die bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiet. In der Aussprache konnte eine Einheitlichkeit der Ansichten unter den Naphthaindustriellen nicht hergestellt werden und man beschloß, die strittigen Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit des Handelsministers zu unterstellen. Handelsminister Zarzycki nahm dieses Mandat an und ernannte zum Schiedsrichter den Departementsdirektor Peche, der entsprechende Vorschläge bis zum 1. Juni d. Js. ausarbeiten soll.

Die Lage der Maschinenindustrie in Posen. Nach einem Bericht der Posener Industrie- und Handelskammer brachte der verflossene Monat keine Besserung der Lage in der Maschinenindustrie des Posener Bezirks. Die Preise für Maschinen wurden in den meisten Fällen fast bis auf das Niveau der Produktionskosten gesenkt. Der Beschäftigungsgrad hatte im Vergleich zum Februar keine Änderungen aufzuweisen. Die Regulierung der längst fälligen Forderungen der Maschinenindustrie macht nur sehr langsame Fortschritte. Klagen laufen in den meisten Fällen mit fruchtloser Pfändung aus.

Die Polnische Regierung bestellt sechs große Eisenbrücken. Im laufenden Jahr sind seitens des polnischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten und Verkehr erhebliche Bestellungen bei den Eisenhütten vorgesehen. Ausgeführt soll der Bau von sechs größeren Eisenbrücken werden, die vorgesehen sind: über die Weichsel bei Modlin, über die Mochow bei Brest-Litowsk über den San bei Tryne, sowie über die Biala bei Thorn. Der Bau dieser Brücken macht 7000 Tonnen Eisenmaterialien erforderlich. Insgesamt sollen die Kosten für die vier projektierten Brücken etwa 14,8 Millionen Zloty betragen. Die Ausführung soll durch private Unternehmungen erfolgen, denen englische Kredite zur Verfügung stehen.

Polnische Schienen gegen persische Waren? Vor kurzem befaßte sich das Staatliche Exportinstitut in Warschau mit der Frage der Schienenlieferungen für die im Bau befindliche persische Eisenbahn vom Kaspischen Meer nach dem Persischen Meerbusen. Es liegt ein Bedarf für 1500 Kilometer Schienen vor. Verhandlungen mit der Persischen Regierung haben ergeben, daß Persien mindestens 50 Prozent der notwendigen Schienen durch Austausch gegen persische Erzeugnisse erstehen möchte. Ob unter diesen Voraussetzungen ein Geschäft für die polnischen Eisenhütten möglich ist, erscheint vorerst noch ungewiß.

Keine Dividenden der Staatlichen Agrarbank. Einzelne Blätter wollten wissen, daß die polnische Staatliche Agrarbank von ihrem Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr 1931 in Höhe von rund 4 000 000 Zloty eine 6prozentige Dividende auszuzahlen beabsichtige. Demgegenüber wird von polnischer halbamtlicher Seite erklärt, daß das Statut der Staatlichen Agrarbank als Staatsunternehmen die Ausschüttung von Dividenden nicht vorsieht. Der aus den Bankoperationen des staatlichen Bankinstituts sich ergebende Reingewinn wird den Reserven bzw. öffentlichen Zwecken zugeführt.

Firmennachrichten.

v. **Culmsee** (Chełmża). Ein weiterer Zahlungsaufschub wurde der Firma Teofil Rochon, Inhaber Feliks Rochon in Culmsee, bis zum 21. Juli 1932 gewährt.

v. **Putzig** (Puck). Ein dreimonatlicher Zahlungsaufschub wurde vom hiesigen Burggericht der Kaufmannsfrau Bronisława Mischke aus Strzelno im Seekreis vom 16. April bis 16. Juli 1932 gewährt. Die gerichtliche Aufsicht wurde Józef Zelewski übertragen.

Der Salpeter in der chilenischen und in der Weltwirtschaft.

Die in der jüngsten Zeit in der Presse verbreiteten Meldungen über die Revolutionswirren in Chile, über die Abkehr Chiles vom Goldstandard und über die Kündigung des deutsch-chilenischen Handelsvertrages lenken die Aufmerksamkeit der europäischen Staaten, die in ständigem Warenaustausch mit Chile stehen, auf die wirtschaftliche und handelspolitische Entwicklung dieses südamerikanischen Staates. Das gesamte Wirtschaftsleben Chiles wird von der jeweiligen Lage der Kupfer- und der Salpeterindustrie beherrscht. Diese beiden Rohstoffe bestreiten 83 Prozent des gesamten chilenischen Exports. Der Salpeterausfuhrzoll deckt den bedeutendsten Teil der Staatsausgaben. Es ist daher klar, daß die schwere Depression, mit der die Salpeterindustrie Chiles zu ringen hatte, das ganze Wirtschaftsleben Chiles stark in Mitleidenschaft zieht. Die Krise, in welcher die Chilesalpeterindustrie sich befindet, datiert aber keineswegs erst seit der Weltwirtschaftsdepression. Sie hat vielmehr ihren Ursprung im Weltkrieg; denn nach dem Weltkrieg saß die chilenische Salpeterindustrie auf ungeheuren Lagervorräten, die in den folgenden Jahren nicht voll abgestoßen werden konnten, weil sich in Europa, und vor allem in Deutschland, die Industrie künstlicher Düngemittel gewaltig entwickelt hatte. Fast ein Jahrhundert hindurch, seit am 21. 7. 1830 das erste Seeschiff mit Salpeter Chile verließ, hatte die chilenische Saglpeterindustrie einen ununterbrochenen Aufschwung genommen: an jenem Tage wurden die ersten 850 To. Chilesalpeter verschifft, 1929 waren es rd. 3 Mill. To. Seit diesem Jahr aber zeigte sich ein starker Rückgang der Ausfuhr. Die Bedeutung der um ihre Existenz ringenden Salpeterindustrie für die Finanzen des Staates Chile bringt es mit sich, daß dieser Staat sich in einer sehr heiklen Lage befindet. Ermäßigt oder erläßt er der Salpeterindustrie den Ausfall, so verliert er eine wichtige Einnahmequelle. Entschließt er sich dagegen zur Beibehaltung des Zolles, weil er auf die Einnahmen nicht verzichten kann, so vermindert er die Wettbewerbsfähigkeit der Salpeterindustrie und erhöht die Zahl der Arbeitslosen.

Die Herstellung synthetischer Düngemittel nahm nach dem Kriege in fast allen europäischen Staaten einen starken Aufschwung. Allerdings führte alsbald enie starke überdimensionierung der Produktion zur Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage und zu anhaltenden Preisstürzen auf den internationalen Märkten. Die Vorurteile der Landwirtschaft gegen die Anwendung künstlicher Düngemittel hatten zur Folge, daß nach wie vor der Chilesalpeter sich auf den europäischen Märkten behauptete. Es mußte daher bei der Herbeiführung einer Konsolidierung der Verhältnisse und einer Preisstabilisierung für künstliche Düngemittel auch der Chilesalpeter mit berücksichtigt werden, und das um so mehr, als an der chilenischen Salpeterindustrie europäische Kapitalien stark beteiligt sind. Hinzu kam, daß es der chilenischen Salpeterindustrie gelungen ist, durch die Anwendung des neuen sog. „Guggenheim-Verfahrens" aus dem Salpeter eine größere Ausbeute zu erzielen (90—94 Prozent, bisher 55 Prozent), ihn hierdurch wesentlich zu verbilligen und so seine Stellung auf den internationalen Märkten neu zu befestigen. So kam es nach heftigen Preiskämpfen zu einem Zusammengehen der chilenischen Salpeterindustrie und der europäischen synthetischen Düngemittelindustrie durch den im Jahre 1930 abgeschlossenen „Stickstoffpakt" „Convention Europeenne de l'Industrie de l'azote" („CIA"), der 98 Prozent der europäischen Stickstoffindustrie umfaßte.

Dieser Pakt war allerdings nur von kurzer Lebensdauer. Bereits im Jahre 1931 wurde er wieder aufgelöst. Die Absicht der „CIA", eine Befestigung des Preisniveaus mittels einer weitgehenden internationalen Produktionsrestriktion zu bewirken, mußte daran scheitern, daß man die Produktion Chiles von der Verpflichtung der Einschränkung der Erzeugung befrette. Nur für die europäische Gesamterzeugung wurde eine Maximalhöhe von 1,11 Mill. To. festgesetzt. Durch die Leistung einer Barentschädigung und durch die Befreiung von jeder Produktionsbeschränkung gewann Chile einen Vorsprung gegenüber dem synthetischen Stickstoff. Die chilenische Industrie nutzte die Konventionszeit und die ihr gewährte Marktfreiheit dazu aus, mit Hilfe großer finanzieller Unterstützungen nicht nur die Produktion technisch und organisatorisch zu vervollkommnen, sondern auch eine gewaltige Vorratswirtschaft zu treiben. Hierdurch erfuhr das Angebotsvolumen an Stickstoff auf dem Weltmarkte einen derartigen Auftrieb, daß das mit der Schaffung des Weltpaktes verfolgte Ziel, einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen, vereitelt wurde.

In dieselbe Richtung einer weiteren Aufblähung der Produktion wurde trotz der getroffenen Abmachungen aber auch die europäische künstliche Stickstoffindustrie gedrängt. Das sog. „Dreierkartell", das den gesamten europäischen Export bei sich zentralisierte, konnte nicht hindern, daß die Produktion für den heimischen Bedarf angesichts des vereinbarten Territorialschutzes, welcher die Deckung des heimischen Bedarfs den betreffenden heimischen Industrien vorbehielt, ohne Rücksicht aus die Preisgestaltung vermehrt wurde. Jede Erhöhung der Kapazitätsausnutzung bedeutet eine überproportionale Selbstkostenentlastung, da die Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals mehr als drei Viertel der Gestehungskosten ausmacht, während z. B. der Anteil der Löhne gering ist.

Wenn also das Zusammengehen mit Europa nur von kurzer Lebensdauer war, so war es doch nicht ohne bedeutende Vorteile für die Weiterentwicklung der chilenischen Salpeterindustrie. Die Ausschaltung des Wettbewerbs wurde zu einer Betriebskonzentration benutzt. Die Zahl der Unternehmen war schon von 1914 bis 1931 von 32 auf 6 zusammengeschrumpft. Um die zur Stilllegung von Betrieben erforderlichen größeren Abfindungskapitalien aufzubringen, die übrigbleibenden Betriebe mit modernsten Fabrikationseinrichtungen auszurüsten, und die Regierung für die entgehenden Steuereinnahmen und Ausfuhrzölle zu entschädigen, erfolgte Anfang 1931 die Konzentration der Betriebe durch die Begründung eines Trusts „Compania de Salitra de Chile" („Cosach"). Der Trust soll 95 Prozent der Salpetererzeugung, die jährlich rd. 3,6 Mill. To. ausmacht, kontrollieren.

Die „Cosach" vermochte bisher nicht, die endgültige Gesundung der Salpeterwirtschaft durchzuführen. Ihre erhebliche überkapitalisierung stand der Konsolidierung im Wege. An dem geplanten Umbau der „Cosach" hat die europäische, insbesondere die deutsche Wirtschaft, ein aktives Interesse. Dies Interesse bezieht sich zunächst darauf, den Wettbewerb des Chilesalpeters für die synthetische Düngemittelindustrie abzuschwächen, wenn möglich zu beseitigen. Weiter aber ergibt es sich aus der Besitz- und geschäftsmäßigen Verknüpfung Deutschlands mit der chilenischen Salpeterindustrie. Nach sachverständiger Schätzung können die deutschen Vermögenswerte, die in Chile noch auf dem Spiele stehen, auf rd. 150 Mill. Mark veranschlagt werden. Darüber hinaus steht die Einbuße in Frage, welche alle die Erwerbszweige zu befürchten haben, die bislang besonders in Hamburg, Bremen und in den chilenischen Verschiffungshäfen im Salpetergeschäft tätig waren.

Das Schicksal der chilenischen Salpeterindustrie bleibt vor der Hand ungeklärt. Ihre weitere Entwicklung wird vor allem davon abhängen, daß und wann die Landwirtschaft der Welt wieder kaufkräftiger wird, und inwieweit sie sich dann für eine weitere Intensivierung auf dem Wege der Verwendung von künstlichen Düngemitteln entschließt. Weltagrarkrise und Salpeterkrise stehen in unlöslicher Wechselwirkung.

Rückgang der Diskontkredite bei den Staatsbanken.

Die Wechselkredite bei der Bank Polski betrugen am 1. März d. J. 645 Mill. Zloty, am 1. Februar 667 Mill. und am 1. Januar 670 Mill. Zloty. Wie ersichtlich, ist eine Schrumpfung des Wechseldiskonts bei der Bank Polski um 22 Mill. Zloty eingetreten. Einen Rückgang weist der Wechseldiskont auch bei der Postsparkasse auf (11 Mill. Zloty gegen 12 Mill. Zloty im Februar d. J.). Das Wechselportefeuille der polnischen Landeswirtschaftsbank belief sich am 1. März 1932 auf 159 Mill. Zloty, am 1. Februar auf 166 Mill. Zloty, und am 1. Januar auf 169 Mill. Zloty. Der Diskont ist jedoch noch um den Wert des Rediskonts zu ermäßigen; dieser betrug: 77 Mill. Zloty am 1. März, 92 Mill. Zloty am 1. Februar, und 99 Mill. Zloty am 1. Januar. Die Wechselkredite bei der Staatlichen Agrarbank betrugen am 1. März 121 Mill. Zloty, gegenüber 114 Mill. Zloty am 1. Februar, und 104 Mill. Zloty am 1. Januar. Hier ist also eine Steigernug der Diskonttätigkeit zu beobachten. Durch den Rediskont sind diese Ziffern zu ermäßigen um 110 Mill. Zloty zum 1. März, um 103 Mill. Zloty zum 1. Februar und um 88 Mill. Zloty zum 1. Januar 1932.

Auch die Postsparkasse ermäßigt die Einlagenzinsen. Nach dem Beispiel der polnischen Kommunalsparkassen hat jetzt auch die Leitung der polnischen Postsparkasse (P. K. O.) beschlossen, mit Wirkung vom 15. d. M. auch die Zinsen für Einlagen zu ermäßigen. Für Zlotyeinlagen erfolgt eine Reduzierung von 7 auf 6 Prozent, für Einlagen in Goldzloty von 6 auf 5 Prozent, und für Scheckkonten von 2 auf 1 Prozent.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 25. April auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt $7\frac{1}{2}$%, der Lombardsatz $8\frac{1}{2}$%.

Der Zloty am 23. April. Danzig: Ueberweisung 57.18 bis 57,30, bar 57,19—57,30, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,10—47,50, Prag: Ueberweisung 377,87—379,87, Paris: Ueberweisung 284,50, London: Ueberweisung 33,50.

Warschauer Börse vom 23. April. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 174,70, 175,13 — 174,27, Helsingfors —, Spanien —, Holland 361,00, 361,90 — 360,10, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 33,55 — 33,21, Newyork 8,904, 8,924 — 8,884, Oslo —, Paris 35,09, 35,18 — 35,00, Prag 26,37, 26,43 — 26,31, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 173,05, 173,48 — 172,62, Tallin —, Wien —, Italien 45,85, 46,08 — 45,62.

*) London Umsätze 33,40—33,36.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,60.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 23. April Geld	Brief	In Reichsmark 22. April Geld	Brief
3 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	4.217
3.5 %	1 England	15.74	15.78	15.75	15.79
3 %	100 Holland	170.58	170.92	170.53	170.87
9 %	1 Argentinien	1.038	1.042	1.033	1.037
5 %	100 Norwegen	77.72	77.88	77.52	77.68
5 %	100 Dänemark	86.26	86.44	86.26	86.44
6.5 %	100 Island	70.68	70.82	70.68	70.82
5 %	100 Schweden	77.67	77.83	76.92	77.08
3.5 %	100 Belgien	58.95	59.07	58.97	59.09
7 %	100 Italien	21.63	21.67	21.63	21.67
2.5 %	100 Frankreich	16.595	16.635	16.585	16.625
— %	100 Schweiz	81.74	81.90	81.70	81.86
6.55 %	100 Spanien	33.07	33.13	33.07	33.13
—	1 Brasilien	0.279	0.281	0.279	0.281
5.84 %	1 Japan	1.389	1.391	1.369	1.371
—	1 Kanada	3.776	3.784	3.776	3.784
—	1 Uruguay	1.838	1.842	1.838	1.842
6 %	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.485
8 %	100 Finnland	7.303	7.317	7.283	7.297
8 %	100 Estland	109.39	109.61	109.39	109.61
7 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
8 %	100 Portugal	14.39	14.41	14.34	14.36
9.5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5 %	100 Jugoslawien	7.423	7.437	7.423	7.437
8 %	100 Oesterreich	51.70	51.80	51.95	52.05
7 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
6 %	100 Danzig	82.67	82.83	82.67	82.83
9	1 Türkei	2.088	2.012	2.008	2.012
12 %	100 Griechenland	5.395	5.405	5.345	5.355
—	1 Kairo	16.16	16.20	16.17	16.21
7.5 %	100 Rumänien	2.522	2.528	2.520	2.526
—	Warschau	47.20	47.40	47.20	47.40

Züricher Börse vom 23. April. (Amtlich.) Warschau 57,75, Paris 20,29½, London 19,28, Newyork 5,14¼, Belgien 72,15, Italien 26,50, Spanien 40,20, Amsterdam 208,55, Berlin 122,25, Wien —, Stockholm 94,25, Oslo 95,00, Kopenhagen 105,50, Sofia 3,73, Prag 15,26, Budapest —, Belgrad 9,00, Athen 6,55, Konstantinopel 2,47, Bukarest 3,07, Helsingfors 9,00, Buenos Aires 1,28, Japan 1,70.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,88 Zl., do. kl. Scheine 8,87 Zl., 1 Pfd. Sterling 33,10 Zl., 100 Schweizer Franken 172,37 Zl., 100 franz. Franken 34,95 Zl., 100 deutsche Mark —,— Zl., 100 Danziger Gulden 174,02 Zl., tschech. Krone 26,21 Zl., österr. Schilling —,— Zl.

*) Freihandelskurs der Reichsmark 211,60.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 23. April. Es notierten: 5proz. Konvert.-Anleihe 38 G. (38), 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 66 + (65,50), 4proz. Konv.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 28 G. (28), 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 14 B., Invest.-Anleihe 88 G. Tendenz fester. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 23. April. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen	28.25—28.50	Sommerwicke	21.50—23.50
Roggen	27.75—28.00	Blaue Lupinen	11.00—12.00
Gerste 64—66 kg	22.00—23.00	Gelbe Lupinen	15.00—16.00
Gerste 68 kg	23.00—24.00	Seradella	28.00—30.00
Braugerste	24.75—25.75	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	17.00
Hafer	21.50—22.00	Senf	—.—
Roggenmehl (65%)	41.25—42.25	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	42.50—44.50	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie	15.50—16.50	Heu, lose	—.—
Weizenkleie (grob)	16.50—17.50	Heu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	17.25—17.50	Netzeheu	—.—
Raps	32.00—33.00	Leinkuchen 36—38%	26.00—28.00
Peluschken	25.00—27.00	Rapskuchen 36—38%	18.00—19.00
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	19.50—20.50
Viktoriaerbsen	23.00—26.00		
Folgererbsen	32.00—36.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 175 to, Weizen 275 to, Hafer 30 to, Roggenmehl 14 to, Weizenmehl 3 to, Roggenkleie 12,5 to, Weizenkleie 20 to.

Danziger Getreidebörse vom 23. April. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., 16,60, Roggen 16.60, Braugerste 15,00—16,00, Futtergerste 14,50—14,75, Viktoria-Erbsen 15.00—19.00, grüne Erbsen 18,00—25,00, Roggenkleie 11,00, Weizenkleie 11,00 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Marktlage hat sich bedeutend befestigen können.

Roggen bringt G. 8,60 p. Ztr.
Weizen bringt G. 8,80 p. Ztr.

April-Lieferung.

Weizenmehl, alt 26,50 G., 60% Roggenmehl 26,00 G. per 100 kg.

Berliner Produktenbericht vom 23. April. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 77—76 Kg., 263,00—265,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 198,00—200,00, Braugerste 190,00—194,00, Futter- und Industriegerste 179.00—189.00, Hafer, märk. 161,00—166,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 32,00—35,75, Roggenmehl 26,10—27,60, Weizenkleie 11,60—11,85, Roggenkleie 10,25—10,50, Raps —, Viktoriaerbsen 18,00—24,00, Kleine Speiseerbsen 21,00—24,00, Futtererbsen 15,00—17,00, Peluschken 16,50—18,50, Ackerbohnen 15,00—17,00, Wicken 16,00—18,50, Lupinen, blaue 10,00—11,75, Lupinen, gelbe 14,00 bis 15,50, Serradella 30,00—35,50, Leinkuchen 10,80, Trockenschnitzel 9,40, Soya-Extraktionsschrot 12,00, Kartoffelflocken —,—.

Viehmarkt.

v. **Thorner Viehpreise.** Auf dem letzten Pferde-, Vieh- und Schweine-Hauptmarkt am 21. April d. J. waren aufgetrieben: 210 Pferde, 62 Stück Rindvieh, 13 Mastschweine, 70 Läuferschweine, 150 Ferkel. Es wurden folgende Preise notiert: Ältere Pferde 120—150, Arbeitspferde 250—300, gute Pferde 500—700 Zloty; ältere Kühe 50—140, Milchkühe 150—280 Zloty; Mastschweine pro 50 Kilo Lebendgewicht 38—40, Läuferschweine unter 35 Kilo 20, über 35 Kilo 25, Ferkel (Paar) 12—18 Zloty.

Die Notierungen der Posener Viehbörse können wir aus rein technischen Gründen am gleichen Tage nicht bringen. Der Posener Sender gibt die Notierungen zur schnellen Orientierung aber an jedem Dienstag und Freitag in der Zeit von 14 bis 14.15 Uhr, also wenige Minuten nach Schluß der Börse, bekannt.